Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2.50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig
Zeitzer Straße 30, IV., Aufgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgespaltene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postscheckkonto Leipzig 56383
Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeitzer Straße 30, IV. (Volkshaus)
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 31. Januar 1931

35. Jahrgang — Nummer 5

Die Völker hungern bei vollen Scheunen!

Dieses in letzter Zeit mehrfach gebrauchte Wort ist heute zu einer traurigen Wahrheit für die Arbeiterschaft der Welt geworden. Obwohl diese traurige Tatsache zum Leitmotiv der Europakonferenz hätte werden müssen, stritt man sich um nebensächliche Dinge. Wie liegen die Verhältnisse? Am Weltmarkte brechen die Preise zusammen infolge des stellenweise herrschenden Ueberflusses. Unüberwindliche Zollmauern hindern das Eindringen billiger Ware in die Bedarfsländer. In Kanada, in Nord- und Südamerika werden Mais und Weizen als Brennstoffe verfeuert. In Brasilien werden mit voller Absicht Millionenwerte an Kaffee, in andern südamerikanischen Ländern an Zucker verbrannt, und einem merkwürdigen Gesetz folgend, fangen auch die Lagerhäuser europäischer Importeure zu brennen an. Mit einer hochentwickelten Technik ausgestattete Industrien lassen Bedarfs- und Luxusgüter sich zu Bergen türmen. Daneben stehen — nach Berechnungen des Internationalen Arbeitsamtes — mehr als 15 Millionen Arbeitslose, das sind mit ihren Angehörigen über 60 Millionen Menschen, die nicht nur verbrauchsuntauglich gemacht worden sind, sondern die eine moderne Gesellschaft buchstäblich dem Hunger überantwortet.

Mit der jungen Völkern eigenen Sorglosigkeit erklärte man noch vor mehr als einem Jahre in den Vereinigten Staaten, es gebe in diesem gesegneten Lande keine Arbeitslosigkeit. Man lehnte vorbeugende sozialpolitische Maßnahmen ab — die hohen Löhne machten solche überflüssig. Heute stehen in USA 7 Millionen Arbeitslose ohne wirksame Hilfe auf der Straße und nähren sich kümmerlich von den Bettelsuppen der Vanderbilts, des Roten Kreuzes und der Heilsarmee. Die amerikanischen Kommunen, denen heute Millionen von Armen zur Last fallen, schreien nach einem staatlichen Versicherungszwang. Sie preisen als Neuheit, was für die Alte Welt unter dem Druck einer organisierten Arbeiterbewegung schon lange zur Selbstverständlichkeit geworden ist. Und wenn die Berliner „Rote Fahne" mit Ueberheblichkeit erklärt, man suche in den Statistiken des Internationalen Arbeitsamtes vergeblich nach einer Arbeitslosigkeit in Sowjet-Rußland, so sei demgegenüber festgestellt, daß es dort durch brutalen Arbeitszwang zwar gelungen ist, die Arbeitslosigkeit hinwegzudekretieren. Aber auch die fanatischsten Anhänger Sowjet-Rußlands müssen erkennen, daß sich der Hunger nicht durch Verordnungen verscheuchen läßt. Und das russische Proletariat hungert in seinem Arbeitszwang, damit die Lebensmittel zu Schleuderpreisen exportiert werden können, um die Devisen des europäischen und amerikanischen Kapitalismus ins Land zu bekommen. Der Fünfjahresplan ist ein Leidensweg und ein Opfergang für das russische Proletariat. Von der Phalanx des Hungers und der Not ist auch die sowjetrussische Arbeiterschaft nicht ausgeschlossen. Die Arbeitslosigkeit ist durch die weltwirtschaftlichen Umwälzungen zu einem internationalen Problem geworden. International müssen daher auch die Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung sein. — Doch vor allem gilt es, im Lande selbst den Kampf gegen das Uebel zu führen. Unentbehrlich ist die Arbeitslosenversicherung und die Unterstützung. Wenn die Zahl der in den wichtigsten Industrieländern der Welt gegen Arbeitslosigkeit Versicherten sich von 4,5 Millionen im Jahre 1919 auf 44,6 Millionen — also um das Zehnfache erhöht hat, ist dies ein Beweis für die wachsende Bedeutung der Versicherung. In immer höherem Maße werden in fast allen Industrieländern öffentliche Arbeiten zur Linderung der Arbeitslosigkeit gefördert. Eine öffentliche und kostenlose Arbeitsvermittlung wirkt regulierend und helfend. Die Zahl der öffentlich vermittelten Stellen hat sich von 2,7 Millionen im Jahre 1911 auf etwa 20 Millionen im Jahre 1930 erhöht. Aber alles dies sind nur Hilfsmittel, die zwar lindern können, aber nicht geeignet sind, das Uebel zu beseitigen.

Dazu bedarf es heute Maßnahmen politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art, die weit über das hinausgehen, was bisher an internationaler Zusammenarbeit geleistet worden ist. Mit der Bekämpfung der Kohlenkrise haben Völkerbund und Internationales Arbeitsamt auf diesem Gebiete einen, wenn auch noch heftig umstrittenen, Anfang gemacht. Wie lange der Kampf noch dauern mag, er muß enden mit einer Verständigung der kohleerzeugenden Länder untereinander und vor allem mit einer internationalen Gleichgestaltung der Arbeitsbedingungen. Und was hier für die Kohle gilt, hat allgemeine Geltung.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes hat im Oktober 1930 auf Grund eines Vorschlags der Arbeitergruppe beschlossen, seinen Ausschuß zur Erforschung der Arbeitslosigkeit zu erweitern und mit einer eingehenden Erhebung über die Ursachen der Arbeitslosigkeit und die zu ihrer Bekämpfung geeigneten Maßnahmen zu beauftragen. Es darf in diesem Zusammenhange erwähnt werden, daß das Internationale Arbeitsamt und andere Völkerbundsorgane in bezug auf die wissenschaftliche Ermittlung der wichtigsten Ursachen schon wertvolle Vorarbeit geleistet haben. Heute kommt es mehr auf die politischen Entscheidungen an. Ein Blick auf die zu behandelnden Probleme beweist dies. Als Krisenursachen werden in dem Antrag der Arbeitergruppe in Genf u. a. genannt:

1. der sinnlose Zollkrieg unter den Nationen;
2. die mangelhafte internationale Verteilung des Kapitals und der Rohstoffe;
3. die mangelhafte Anpassung der Produktion an die Bedürfnisse der Verbraucher;
4. die schlechte Verteilung des Volkseinkommens unter die verschiedenen Bevölkerungsschichten;
5. die Rationalisierung usw.

Eine zweckmäßige Regelung gerade dieser Fragen setzt eine weitgehende Verständigungsbereitschaft der Nationen voraus. Noch scheinen sie für eine Niederlegung der Zollgrenzen, wie die Völkerbundskonferenz bewies, nicht reif zu sein. Das gleiche gilt hinsichtlich der Verteilung der Rohstoffe. Ob die Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich in der Lage sein wird, eine bessere Kapitalverteilung herbeizuführen, scheint noch zweifelhaft. Noch ist, alles in allem, der Einfluß der organisierten Arbeiterbewegung auf die Regierungen und für die Gestaltung der Verhältnisse zu schwach. Dies zeigt insbesondere die Tatsache, daß auch die mangelhafte Verteilung der Volkseinkommen eine Ursache der Krise mit ist. Der Lohn ist ein politischer Lohn. Von dem Volkseinkommen erhält die Arbeiterschaft nur den Anteil, den sie kraft ihrer organisierten Macht politisch und gewerkschaftlich zu erkämpfen vermag. Das gleiche gilt ohne Einschränkung auch für die Erringung des der Arbeiterschaft zustehenden Anteils an den Erfolgen der Rationalisierung. Auch die Verständigung mit der farbigen Arbeiterschaft Asiens und Afrikas, die heute schon den europäischen Arbeitsmarkt bedrängt, ist eine Angelegenheit, die nur mit Hilfe der organisierten Arbeiterbewegung zweckmäßig geregelt werden kann.

In dieser Richtung liegen auch die in einer Denkschrift zur Europakonferenz gemachten Vorschläge des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas. Hier wird insbesondere betont, daß jede europäische Einigung und Verständigung unmittelbar auf die Arbeitsbedingungen und die Kaufkraft der Arbeiterschaft sich auswirken müsse, und daß daher die Vertretung der Arbeiterschaft unbedingt das Recht zur Mitwirkung haben müsse. Wirtschaftliche und politische Maßnahmen in Europa müßten eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft bringen. Daher könne eine solche Verständigung nicht allein das Werk von Politikern und Wirtschaftern sein, sondern es sei nur möglich im engsten Zusammenwirken mit der internationalen Arbeitsorganisation, wo die Arbeiter der Welt einen maßgebenden Einfluß besitzen, und dem geplanten europäischen Komitee.

Eine machtvolle internationale Arbeiterbewegung ist daher die Voraussetzung für eine erfolgreiche Lösung der internationalen Probleme. Die Arbeiterschaft kann die vom Internationalen Arbeitsamt und vom Völkerbund angebahnte wissenschaftliche Durchleuchtung der Ursachen der Weltkrise nur begrüßen. Aber darüber hinaus muß sie in allen Ländern die Vertreter der Gemeininteressen an die Stelle der Vertreter der Privatwirtschaft setzen. Erst dann verschwinden die heute noch unüberwindlich scheinenden Schwierigkeiten politischer Art.

Aus dem Unternehmerlager

Nach den Syndizi Dr. Andres und Dr. Noell (vergl. „Steinarbeiter" Nr. 3 und 4) lassen wir einen Fachmann aus der Pflasterstein- und Schotterindustrie zur Beurteilung des Jahres 1930 kommen. Herr Georg Zachmann (Wurzen) schreibt in Heft 1 der Zeitschrift „Die Steinindustrie":

„Leider haben sich die Absatz- und Betriebsverhältnisse in der Pflasterstein- und Schotterindustrie auch im Jahre 1930 nicht gebessert, und immer noch besteht das Mißverhältnis zwischen Kapazität und Ausnutzungsmöglichkeit als organischer Mangel, der in keiner Weise behoben ist. Demnach hat sich auch die Beschäftigungsart der Betriebe nicht geändert, die so ist, daß im April bis Juni Aufträge eingehen, die in Kürze erledigt werden, und im Oktober meistens auf den Nullpunkt angelangt sind. Die Ursache dieser Konjunkturschwankungen ist der Geldmangel aller Behörden und die infolgedessen regelmäßig im Laufe des Jahres erfolgenden Streichungen im Straßenbauetat, wodurch eine vorschußweise Beschäftigung im ersten Vierteljahr des neuen Jahres nicht mehr möglich ist. So war es im laufenden Jahre, und 1931 wird es nicht besser sein. Danebenher gehen aber auch die anderen Mißstände, insbesondere die gedrückten Verkaufspreise und schwierigen Abnahme- und Zahlungsbedingungen.

Unter solchen Umständen erscheint es zwecklos, diese Mißstände immer wieder zu erwähnen, und es muß einer besseren wirtschaftlichen Zukunft vorbehalten bleiben, daß wenigstens die rationalisierten und gut ausgebauten Werke mit einwandfreiem Steinmaterial lebensfähig sind und bleiben können, um ihrem Zwecke, der Unterhaltung der deutschen Landstraßen und der Reichsbahnstrecken, zu dienen."

Diese nüchternen Erwägungen stechen recht vorteilhaft ab von den krampfhaften Versuchen akademisch-syndizistischer Weisheit, den Marxismus als Ursache der Krise hinzustellen. Allerdings ist auch Herr Zachmann von der Psychose der „hohen Löhne" befallen, wie wir am Schluß seiner Ausführungen noch sehen werden. Zunächst noch die folgenden Absätze aus seinem Artikel:

„Eine der Hauptschwierigkeiten sowohl für die Baubehörden als auch für die Steinindustrie wäre beseitigt, wenn die Bauetats und die Ausführung der Straßenbauten nicht mehr von der Entwicklung der allgemeinen finanzpolitischen Verhältnisse abhängig gemacht würden."

„Es wird in Zukunft nichts übrigbleiben, die Straßenverwaltung ebenso wie die Eisenbahnverwaltung selbständig zu machen, so daß für ihre Entschlüsse nur die Bedürfnisse des Verkehrs entscheidend sind. Unter dem Schutze solcher Maßnahmen könnten größere Straßenbauprojekte unabhängig von der wechselnden Finanzlage der Länder durchgeführt werden, nicht minder aber auch die Instandhaltung der Straßen für einen bestimmten Verkehrskreis. Dies allein würde schon für die Steinindustrie entscheidend sein."

„Die Verwirklichung dieses Vorschlags wird natürlich nicht von heute auf morgen gehen, aber er trägt wenigstens den Keim in sich, die Steinindustrie in absehbarer Zeit wieder lebensfähig zu machen."

Dem hätten wir nur hinzuzusetzen, daß einer Verwirklichung des Vorschlages vorerst kein Erfolg wegen Mangel an Mitteln beschieden sein könnte. Im übrigen sind auch wir der Meinung, daß die Verselbständigung und Zentralisierung des Straßenbauwesens im beiderseitigen Interesse der Hersteller und der Benutzer des Straßennetzes liegen würde.

Wie sich Herr Zachmann eine Besserung der Verhältnisse auch jetzt schon denkt, darüber unterrichtet uns der nächste und letzte von uns zitierte Abschnitt:

„Anderseits ist aber auch jetzt schon Voraussetzung für eine bessere Zukunft die Abkehr von dem jetzigen Wirtschafts- und Steuersystem, das zu immer größerer Arbeitslosigkeit gerade in den Steinbrüchen mit seinem großen Anteil an der Höhe der Arbeitslöhne zum fertigen Produkt führt. Beschränkt werden müßten aber auch dauernde Kämpfe im Wirtschaftsleben sowohl der Arbeitnehmer als der Arbeitgeber. Der Streit um die Verteilung der Früchte der Arbeit muß zurückgestellt werden zugunsten eines freieren Unternehmertums, das mit ungebrochener Arbeitskraft und Verantwortungsfreudigkeit und bei verständnisvoller Förderung durch den Staat unter Zuziehung der Unternehmer für die Beschaffung der Straßenbaustoffe der bestehenden Schwierigkeiten schon Herr werden würde! Notwendig wäre dazu eine andere Einstellung der Arbeiterschaft und der mit ihr verbundenen Gewerkschaften gegen die Unternehmer. Die Gewerkschaften haben in den letzten fünf Jahren in der Steinindustrie meist mit Zuhilfenahme des Staates Lohnerhöhungen durchgedrückt, ohne auch nur ein einziges Mal zu warten, bis die Früchte der Rationalisierung im Steinbruchgewerbe sich bei den Unternehmern bemerkbar machten und erst dann Anlaß zu einer Lohnerhöhung hätten geben können. Es wurde vielmehr immer der umgekehrte Weg gegangen und zuerst Lohnforderungen gestellt, ehe dazu die Mittel der Rationalisierung erarbeitet wurden. Eine Umkehr solcher Anschauungen hat sich bisher leider noch nicht bemerkbar gemacht; denn der Gegenseite erscheint es immer noch richtiger, einen Tarifstundenlohn von 1 RM. zu haben und arbeitslos zu sein, als eine vernünftige Lohnsenkung vorzunehmen, die unter dem Drucke der Verhältnisse doch kommen wird und muß. Wenn die Gewerkschaften behaupten, die Massen in der Hand zu haben, dann könnten sie es gleich einmal damit beweisen, daß sie diesen Gedankengängen folgen und die gewaltsam angezogene Lohnschraube wieder so weit zurückdrehen, bis die Mehrzahl der Arbeitslosen in die Steinbrüche zurückkehren kann und die jetzigen politischen Löhne wieder wirtschaftliche Löhne geworden sind."

„Abkehr vom jetzigen Wirtschafts- und Steuersystem." Der Meinung sind auch wir, allerdings in umgekehrter, als der von Herrn Zachmann gewünschten Richtung. Mit der Beschränkung der Wirtschaftskämpfe könnten auch wir einverstanden sein, wenn die Unternehmer den Arbeitern freiwillig ein auskömmliches Dasein gewährleisteten. Doch weit von einem solchen entfernt, haben die Unternehmer, obgleich die Lohnsteigerung schon 1929 fast durchweg zum Stillstand kam, die Krise des Jahres 1930 zum Anlaß genommen, unterstützt durch die derzeitige Reichsregierung, einen Druck auf die Löhne auszuüben, der an wirtschaftlicher und politischer Verständnislosigkeit seinesgleichen sucht.

„Der Streit um die Verteilung der Früchte der Arbeit muß zurückgestellt werden zugunsten eines freieren Unternehmertums." Die Erfüllung dieses frommen Wunsches wäre die völlige Versklavung der Arbeiterschaft.

„Die Gewerkschaften haben in den letzten fünf Jahren in der Steinindustrie meist mit Zuhilfenahme des Staates Lohnerhöhungen durchgedrückt, ohne auch nur ein einziges Mal zu warten, bis die Früchte der Rationalisierung im Steinbruchgewerbe sich bei den Unternehmern bemerkbar machten und erst dann Anlaß zu einer Lohnerhöhung hätten geben können." Erstens trifft es nicht zu, daß die Lohnbildung zumeist mit Hilfe des Staates vor sich gegangen ist, sondern meist durch freie Vereinbarung bzw. auf dem vertraglichen Schlichtungswege. Hauptsächlich deshalb wurde ja auch der Vorsitzende des Haupttarifamtes in die Wüste geschickt und der Abschluß eines neuen Reichsarbeitsvertrages mit seiner Schlichtungsordnung von den Unternehmern für untragbar gehalten. Daß dabei auch die 3- bis 6tägigen Ferien für die abgerackerten Steinproleten eine ausschlaggebende Rolle spielen, ist um so bedauerlicher und verwerflicher. Zweitens könnten die Arbeiter bis zum Nimmerleinstage warten „bis die Früchte der Rationalisierung sich bei den Unternehmern bemerkbar machten" und „Anlaß zu einer Lohnerhöhung" geben würden. Wir brauchen nur an die ersten Jahre nach der Inflation zu erinnern, an die erste Festsetzung der kümmerlichen Goldmarklöhne und deren allmähliche, im zähen Ringen erfolgte Aufbesserung. Wann und wo hätte sich die Bereitwilligkeit gezeigt, den menschlichen Arbeitskräften das gleiche Interesse zuzuwenden, wie dem planlosen Ausbau der maschinellen Anlagen, auf welche Weise Millionen und aber Millionen zwecklos verpulvert wurden. Hätte man diese Millionen (in der gesamten Wirtschaft) zur Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter verwandt, so hätte die Krise in Deutschland den katastrophalen Umfang nicht annehmen können, wie es tatsächlich der Fall ist, und ihre politischen Folgeerscheinungen wären auch größtenteils unterblieben.

Doch: „Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit!" Die freien Gewerkschaften denken jedenfalls nicht daran, „diesen Gedankengängen" zu folgen. Sie werden ihre für richtig erkannte wirtschaftliche und politische Linie fortsetzen, unbeirrt durch dem privatkapitalistischen System anhaftende Krisenerscheinungen. Das privatkapitalistische System hat sich als unfähig und unwillig erwiesen, die wirtschaftlichen Kräfte zu meistern. Der gemeinnützigen Wirtschaft gehört infolgedessen die Zukunft. E. W.

Welche Aufgaben hat u. a. die gesetzliche Betriebsvertretung in der Natursteinindustrie und im Steinstraßenbau?

Der Absatz 8 im § 66 des Betriebsrätegesetzes sagt darüber:

„. . . auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren im Betriebe zu achten, — die Gewerbe-Aufsichtsbeamten und die sonstigen in Betracht kommenden Stellen bei dieser Bekämpfung durch Anregungen, Beratung und Auskunft zu unterstützen, — sowie auf die Durchführung der gewerbepolizeilichen Bestimmungen und der Unfallverhütungsvorschriften hinzuwirken."

Diese Tätigkeit eines Betriebsrates oder Betriebsobmannes in den Betrieben der Steingewinnung und der Steinbearbeitung und im Steinstraßenbau **energisch wahrgenommen, vermindert die unheilvollen Folgen der Berufsgefahren.**

Wer diktiert im Berliner Straßenbau?

Diese Frage wirft im nachstehenden Artikel der Vorsitzende unserer Berliner Zahlstelle — Kollege Nitsche — auf. Obwohl sie in erster Linie Berliner Verhältnisse betrifft, behandelt sie dennoch die Allgemeininteressen der Gesamt-Mitgliedschaft unseres Verbandes, denn bei der Vergebung der Arbeiten des sogen. Berliner Notprogrammes — eine Aktion, die ins Leben gerufen wurde, um möglichst vielen Arbeitslosen praktische Hilfe durch Beschaffung von Arbeitsmöglichkeit zu bringen — macht sich eine unglaubliche Nichtachtung des bewährten Steinpflasters bemerkbar.

Das Notprogramm sah eine Summe von 13,55 Millionen Mark vor für Um- und Neupflasterungen, resp. Asphaltierung einer Anzahl Berliner Straßen, um langfristig Erwerbslosen Arbeit zu geben und die Berliner Verkehrsverhältnisse zu verbessern.

Seit Jahren wird von unserem Verbande eine größere Verwendung des Steinpflasters (Kleinpflaster auf Betonunterbettung mit Zementverguß) propagiert, einmal weil es vornehmlich in Straßen mit starkem Verkehr in wirtschaftlicher Beziehung das beste Pflaster mit unbegrenzter Haltbarkeit ist, und weil das Rohmaterial, (die Steine) in Deutschland gewonnen wird und dadurch nicht große Summen ins Ausland zur Beschaffung ausländischen Straßenbaumaterials gehen brauchen. Durch die Bearbeitung des in Deutschland gewonnenen Rohmaterials werden große Massen einheimischer Arbeiter Beschäftigung finden und brauchen nicht der Arbeitslosen- oder Wohlfahrtspflege zur Last fallen, ferner steht einwandfrei fest, daß das Steinpflaster in verkehrssicherheitlicher Hinsicht das Asphaltpflaster weit überragt. Letzteres wird schon von jedem Kraftwagenführer rückhaltslos anerkannt, und man kann ohne Uebertreibung behaupten, daß 70 bis 80 Prozent der täglichen Unfälle im Verkehrsleben, entstanden durch den schlüpfrigen Asphalt, vermieden werden könnten.

Gegen diese Propaganda des Steinpflasters wurde von ganz bestimmten Stellen immer eingewandt:

1. Das Steinpflaster sei durch seine längere Haltbarkeit auf die Dauer wohl billiger, aber in seiner Herstellung bedeutend teurer als Asphalt, und da die Gemeinden wenig Mittel zur Verfügung hätten, müßten sie Asphalt nehmen.
2. Das Steinpflaster verursache zu viel Geräusche und Erschütterungen.

Beide Einwände treffen nicht zu. Es ist durch Vergleiche bereits mehrfach nachgewiesen, daß Steinpflaster, sogen. Kleinpflaster auf Beton in Zementmischung verlegt, in der Herstellung sich absolut nicht teurer, sondern sogar noch billiger stellt als Asphalt.

Anderseits machen sich bei solchem Steinpflaster Erschütterungen nicht stärker bemerkbar, als wie bei Asphalt, weil durch das Einschlemmen in Zement eine gleichmäßige, ebene Straßendecke erzeugt wird, über die alle schnellfahrenden Last- und Personenwagen, die heute durchweg Gummibereifung haben, mit weniger Erschütterung hinwegrollen, als wenn sie sich auf einer hundertmal ausgeflickten Asphaltstraße bewegen. Jeder Kraftwagenführer kennt die berühmten Schlaglöcher, die sich bei jeder Asphaltbahn bereits nach kürzerer Zeit zeigen.

Soweit stärkere Geräusche festgestellt werden, handelt es sich um solche, die beim Befahren von Fuhrwerken mit Eisenbereifung entstehen, die sich ja aber zu 99 Prozent im langsamen Tempo fortbewegen.

Früher, als Berlin noch das berühmte Kopfsteinpflaster hatte, scheinen unsere Stadtväter noch nicht so nervös gewesen zu sein als heute, wo fast alles auf Gummi fährt. Jedenfalls scheinen die maßgebenden Herren in anderen Städten bessere Nerven zu haben, denn z. B. in Breslau wird fast nur Steinpflaster in obengenannter Art verwandt, ohne daß festgestellt worden ist, daß dadurch Leute erkrankt sind, im Gegenteil haben viele Leute durch die erhöhte Verkehrssicherheit ihre Gesundheit behalten In Berlin ist man über einzelne schüchterne Versuche nicht hinausgekommen. Wo diese aber gemacht wurden, (Brunnenstraße zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstraße, Brunnenstraße an der Anklamer Straße, beide Stellen Großpflaster in Zement, Invalidenstraße an der Brücke am Humboldhafen, am Bahnhof Friedrichstraße, bei den verschiedenen Brückenanfahrten usw.) sind sie, was besonders betont sei, zur vollsten Befriedigung ausgefallen.

Nachdem Vorstehendes den verschiedenen Herren der Stadtverwaltung mündlich und schriftlich immer und immer wieder vorgetragen, ja auch durch Augenscheinnahme die Behauptungen des Steinarbeiterverbandes bestätigt wurden, nachdem fast täglich in der Berliner Tagespresse Feststellungen von Verkehrsunfällen erfolgten, die auf die Schlüpfrigkeit des Asphalts zurückzuführen sind, mußte man annehmen, daß sich die maßgebenden Instanzen in ihrer Ansicht, soweit Hauptverkehrsstraßen in Frage kommen, ändern würden, doch weit gefehlt.

Wohl war es möglich, eine Reihe von Mitgliedern der Tiefbaudeputation und des zu dieser Korporation gehörenden sog. Pflasterausschusses von der Richtigkeit obiger Ausführungen zu überzeugen. Aus diesem Grunde wurde auch für eines der größten Objekte, des sogen. Notprogrammes, für den Ausbau der Frankfurter Allee, der wichtigsten Ausfallstraße im Osten der Stadt Berlin, Steinpflaster vorgesehen. Für die langfristig erwerbslosen Berliner Steinsetzer und Berufsgenossen schien auf einige Wochen Arbeitsmöglichkeit vorhanden. Zu gleicher Zeit hätte eine große Anzahl deutscher Steinbruchsarbeiter wieder Arbeit gehabt und den Ansprüchen, die die Berliner Bevölkerung hinsichtlich hochwertiger Verkehrsstraßen stellen kann, wäre Rechnung getragen worden. Doch es kam anders. Denn ohne die gewählten Vertreter der Berliner Bevölkerung zu unterrichten, wurde von der Zentrale diktiert, daß die Frankfurter Allee statt Steinpflaster Asphalt erhält. Ausschlaggebend bei diesem Diktat sind einzelne Berliner Stadtbauräte gewesen. Aus welchem Grunde sie sich für Asphalt entschieden, steht noch nicht fest.

Fest steht nur, daß der Einwand der Billigkeit des Asphalts gegenüber Steinpflaster nicht stichhaltig ist, weil nachgewiesen letzteres nicht teurer ist. Fest steht auch, daß die Behauptung, die Geräusche bei Steinpflaster seien so große, daß sie nicht ertragen werden könnten, hinfällig ist, wenn man bedenkt, daß die Frankfurter Allee eine breite Ausfallstraße ist, in der sich die durch eisenbereifte Fuhrwerke ergebenden Geräusche nicht im entferntesten so störend bemerkbar machen können, wie evtl. in der Kloster- oder Parochialstraße. Fest steht weiter, daß die Erschütterungen auf zementeingeschlemmter Steinstraße nicht größer sind, als auf einer hundertfach ausgeflickten Asphaltstraße, ja im Gegenteil, weil geringer sind. Fest steht weiter, daß bei Ausführung in Steinpflaster, bedeutend mehr Erwerbslose beschäftigt werden können, abgesehen von der weiteren Arbeitsmöglichkeit vieler heute im Elend vegetierenden deutschen Steinbruchsarbeiter. Fest steht auch, daß bei Herstellung in Steinpflaster sämtliche aufgewendeten Mittel in Deutschland bleiben.

Was ist der Grund, daß gewählten Vertretern der Berliner Bevölkerung gesagt wird, das Steinpflaster ist bedeutend teurer? Es ist kein Geheimnis, daß Familienmitglieder einflußreicher Personen mit Kiesgrubenbesitzern verwandt sind und diese wieder mit großen Asphaltfirmen Verträge auf Kieslieferung abgeschlossen haben!

Es liegt sicher im Interesse der Berliner Bevölkerung, wenn von maßgebender Stelle klipp und klar gesagt wird, aus welchen sachlichen Gründen von zentraler Stelle, ohne Mitwirkung gewählter Vertreter der Bevölkerung, veranlaßt wird, bereits feststehende Projekte umzuändern zum Schaden einer großen Anzahl Erwerbsloser in Berlin, wie im übrigen Deutschland.

Unseres Wissens besteht im Berliner Straßenbau noch kein Asphaltmonopol gegen das seit Jahrhunderten bewährte Natursteinpflaster! Wenn doch? Dann heraus mit der Sprache! Die Steuerzahler haben ein großes Interesse daran, das zu erfahren.

Ablehnung der Arbeitsdienstpflicht

Das Ergebnis einer Konferenz im Reichsarbeitsministerium.

Die Tatsache, daß das Reichsarbeitsministerium zum 12. Januar d. J. eine Konferenz zur Besprechung der Forderung nach Einführung der Arbeitsdienstpflicht einberufen hatte, erweckte in der Oeffentlichkeit verschiedentlich den Eindruck, als ob man an verantwortlichen Regierungsstellen die Durchführung dieser Pläne ernsthaft in Erwägung gezogen habe. Es war deshalb notwendig zur Klärung der Situation, daß Staatssekretär Geib bei der Eröffnung der Konferenz — zu der die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften und der Arbeitgeber, die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, der Reichsausschuß der Deutschen Jugendverbände sowie verschiedene sachverständige Persönlichkeiten geladen waren — erklärte, daß die Einberufung dieser Konferenz keineswegs eine Aenderung in der Stellung des RAM. zur Frage der Arbeitsdienstpflicht bedeute. Auch die in der Presse wiederholt angestellten Betrachtungen über einen Zusammenhang zwischen der Rede des Reichsfinanzministers Dietrich zur Arbeitslosenfrage und dem Stattfinden dieser Besprechung seien gegenstandslos.

Ministerialrat Dr. Lehfeldt hatte es übernommen, der Konferenz zu zeigen, welche Fragen bei der Durchführung der Arbeitsdienstpflicht nach den vorliegenden, verschiedenen Projekten zu lösen wären. Aus der Fülle der Ueberlegungen, die sich dem objektiven Bearbeiter ergaben, seien nur die wesentlichsten herausgehoben. Alle Befürworter haben denselben Ausgangspunkt: die Arbeitslosigkeit. Sie wollen durch den Arbeitsdienst Fürsorge für die jüngeren Arbeitslosen erreichen und damit gleichzeitig Arbeitsplätze für ältere Arbeitnehmer freimachen. Die Dauer des Arbeitsdienstes schwankt nach den verschiedenen Plänen zwischen 1 und 2½ Jahren. Der Antrag der Wirtschaftspartei unterstellt nur die männlichen Deutschen im Alter von 18 bis 25 Jahren der Arbeitsdienstpflicht, während andere Projekte auch die Frauen erfassen wollen. Schwierigkeiten sah der Referent in verschiedener Hinsicht; da man sich einig ist, daß nur gemeinnützige Arbeit und auch nur solche zusätzlichen Charakters — die also normalerweise im freien Arbeitsverhältnis nicht ausgeführt werden könnte — geleistet werden darf, dürften nur wenig geeignete Arbeiten zu finden sein. Das Wesen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise besteht ja darin, daß für die zu große Produktion ungenügender Absatz vorhanden ist. Wohin soll man also mit der zu mobilisierenden zusätzlichen Arbeitskraft. Am eindrucksvollsten war aber die Feststellung, daß die einen ganzen Jahrgang — also rund eine Million — umfassende Arbeitsarmee etwa 200 000 Menschen als Angestellte für die Aufgaben des Unterrichts, der Arbeitsleitung, Organisation, Verwaltung usw. benötigen würde. Finanziell würde dieser Umstand dazu beitragen, daß an Kosten für jeden Arbeitstag sich pro Beschäftigten 18 bis 20 RM. ergeben würden, da ja auch die Aufwendungen für Arbeitsmaterial, Werkzeug, Maschinen usw. zu berücksichtigen sind. Welche wirtschaftlichen Werte gegenüber den aufzubringenden Milliarden erarbeitet werden könnten, ist überhaupt nicht zu berechnen, denn hierzu weiß man nur eins positiv: jede Zwangsarbeit bringt erheblich weniger Ertrag als eine freiwillig geleistete Arbeit.

Die Aussprache ergab eine völlig einmütige Haltung in der Ablehnung des Arbeitsdienst-Gedankens. Für die Gewerkschaften erklärte Kollege Graßmann, daß die Arbeiter die Arbeitsdienstpflicht grundsätzlich ablehnen und die vorliegenden Pläne auf ihre Einführung mit aller Leidenschaftlichkeit bekämpfen. Erst ziemlich zum Schluß der Aussprache bekannte sich Herr Sachsenberg von der Wirtschaftspartei zu dem Antrag seiner Fraktion, ohne eigentlich mehr zu sagen, als man möge doch einen Unterausschuß einsetzen, der vor allem die Kostenfrage durcharbeitet. Demgegenüber wurde von gewerkschaftlicher Seite unter Zustimmung der Arbeitgeber erklärt, daß eine Weiterberatung gar keinen Sinn habe, daß es aber notwendig sei, die Oeffentlichkeit ganz eindeutig zu unterrichten. Auch von der Regierung müsse erwartet werden, daß sie klar Stellung nimmt und ihre Stellungnahme bekanntgibt.

Der Leiter der Verhandlungen konnte als Ergebnis nur feststellen, daß der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht abgelehnt werde und daß eine Fortführung der Aussprache nicht in Frage komme.

Anschließend kam das Thema „Freiwilliger Arbeitsdienst" zur Erörterung, wobei sich ergab, daß jeder etwas anderes darunter versteht. Die Befürworter der Arbeitsdienstpflicht — die in der Mehrzahl die Durchführung ihrer Pläne erst im „Dritten Reich" für möglich halten — verstehen darunter vorbereitende, versuchsartige Maßnahmen, wie sie seit einigen Jahren z. B. von den Artamanen unternommen werden, um freiwillige Arbeitskräfte für die Landwirtschaft als Ersatz für Ausländer zu gewinnen. Präsident Syrup von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung konnte dabei mitteilen, daß in Verbindung mit diesem sogenannten freiwilligen Arbeitsdienst der Gedanke ausgesprochen werde, diejenigen, die ein freiwilliges Arbeitsdienstjahr absolviert haben, bevorzugt bei der Arbeitsvermittlung zu behandeln bzw. sie in ihren Arbeitsstellen besonders zu sichern. Für die Gewerkschaften lehnte Kollege Maschke solchen Gedanken aufs schärfste ab und betonte, daß es doch völlig unangebracht sei, sich mit irgendwelchen völlig ungeklärten Projekten wie dem freiwilligen Arbeitsdienst zu beschäftigen, wenn es heute nicht einmal möglich sei, die notwendigsten Fürsorgemaßnahmen für die erwerbslosen Jugendlichen, soweit sie noch berufsschulpflichtig sind, durchzuführen, da es überall an Mitteln fehle. Wer für die arbeitslosen Jugendlichen etwas tun wolle, der müsse bei allen verantwortlichen Stellen dafür eintreten, daß die von den Arbeitsämtern, der Jugendpflege, den Berufsschulen und den Organisationen eingeleitete Fürsorge für die erwerbslose Jugend finanziell sichergestellt werde.

Diesen Ausführungen stimmte die Konferenz einmütig zu, so daß sie wenigstens ein positives Ergebnis zu verzeichnen hatte.

Ein Tendenzprozeß und ein Fehlurteil

Eine Erinnerung aus der Heroenzeit der Berliner Steinsetzerbewegung

Im dritten Bande der „Geschichte der Straße und ihrer Arbeiter" frischt Kollege Knoll die Erinnerung an einen Tendenzprozeß auf, den in den 90er Jahren die Berliner Steinsetzerinnung gegen den damals noch jungen und schwer um seine Existenz ringenden Steinsetzerverband anhängig gemacht hatte und der Zeugnis dafür ablegt, zu welch kleinlichen Maßnahmen und Schikanen damals das Unternehmertum noch gegriffen hat, um der eben erst im Aufstreben begriffenen Gewerkschaftsbewegung das Wasser abzugraben.

Der Prozeß, um den es sich hierbei handelte, führte das unschuldige Rubrum: Berliner Steinsetzerinnung kontra Hackelbusch. Otto Hackelbusch war damals zweiter Vorsitzender des Lokalverbandes Berlin. In seinem Verwahrsam befanden sich die Utensilien der im Jahre 1893 aufgelösten Berliner Steinsetzergesellen-Brüderschaft, aus der der Lokalverband hervorgegangen war.

Zu diesen Utensilien gehörten u. a. mehrere Fahnen, darunter auch eine aus dem 18. Jahrhundert. (Die Brüderschaft gab das Jahr 1732 als ihr Gründungsjahr an.) Ferner gehörten dazu zwei Gewerkschaftsladen, mehrere Humpen, sogenannte Willkommen, eine Anzahl Zinnteller und Krüge und sonstige Sachen.

Eines Tages nun wurden die Verbandsmitglieder höchlichst überrascht durch die Nachricht, daß die Berliner Steinsetzerinnung Hackelbusch unter Androhung gerichtlicher Klage aufgefordert habe, besagte, der Gesellenschaft gehörige Gegenstände der Innung auszuhändigen, da diese — Eigentum der Innung seien! Die Verbandsmitglieder hatten damals das Zunftwesen bereits aufgehoben und damit bekundet, daß sie sich geistig von allem, was mit dem Zunftwesen zusammenhing, freigemacht hatten. Obwohl sie über das Verlangen der Innung lachten, ging ihnen die Zumutung der Innung denn doch wider den Strich und sie beschlossen daher einmütig, eventuell bereit zu sein, die in Frage kommenden Sachen, soweit sie historischen Wert besaßen, dem Märkischen Museum zu überweisen, sonst aber es auf die Klage der Innung ankommen zu lassen.

Zum Verständnis der Situation sei noch bemerkt, daß die damalige Mehrheit der Berliner Steinsetzergesellen sich geistig längst noch nicht völlig umgestellt hatte, obwohl der Verband die Aufhebung des Zunftwesens und insbesondere des damit in Zusammenhang stehenden zünftigen Lossprechens durchgesetzt hatte. Rein zahlenmäßig gesehen waren die Verbandsmitglieder zu dieser Zeit sogar in der Minderheit. Erst im Jahre 1892 war in Stettin beschlossen worden, die Steinsetzerbewegung aus dem zünftischen ins gewerkschaftliche Fahrwasser hinüberzuleiten. Das hatte gerade in Berlin den heftigsten Widerstand erregt. Die Folge war die Gründung des „Gewerkvereins Berliner Steinsetzer", der sich zur Aufgabe gestellt hatte, die zünftigen Traditionen, wenn auch in etwas abgeschwächter Form, weiter zu pflegen. Dieser Gewerkverein wurde naturgemäß auch von der Innung mit freundlicheren Augen angesehen als der Verband. Es ist daher wohl ohne weiteres verständlich, daß man beim Bekanntwerden des Vorgehens der Innung im Verbande der Meinung war, dahinter stecke der Gewerkverein. Irgendwelche Beweise für diese Annahme sind jedoch nie hervorgetreten. Es scheint sich vielmehr in der Tat um ein lediglich vom Sozialistenhaß inspiriertes Vorgehen der damaligen Innungsleitung gehandelt zu haben.

Nach der tatsächlichen — nicht juristischen! — eigentumsrechtlichen Seite hin, d. h. soweit der Erwerb identisch ist mit dem Eigentumsbegriff, konnte es für uns gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Innung mit ihrer Klage, die sich auf ihr vermeintliches Eigentumsrecht stützte, würde glatt abfallen müssen. Denn die weitaus meisten Gegenstände, die die Innung für sich als ihr Eigentum beanspruchte, hatte die Gesellschaft im Laufe der Jahre aus ihren eigenen Mitteln erworben. Soweit es sich um Gegenstände handelte, die sie nicht selbst erworben hatte, handelte es sich um Schenkungen einzelner Personen, Gesellen sowohl wie Meistern. Für diese Gegenstände war jedoch die gesetzliche Frist, innerhalb deren Geschenke zurückgefordert werden können (ein halbes Jahr), längst verstrichen. Ein solches Geschenk hatte jedoch der Verband sofort bei der Auflösung der Gesellenbrüderschaft unaufgefordert an den Geber zurückgeschickt, nämlich die Büsten der sechs preußischen Könige, die seit Errichtung der Brüderschaft in Preußen regiert hatten. Das war weniger ein Akt der Bosheit, als vielmehr ein politisches Symbol. Das mag wohl auf der anderen Seite eine gewisse Sucht nach Revanche ausgelöst haben, deren Ausdruck dann der in Rede stehende Prozeß gewesen ist.

Es kam in der Tat zum Prozeß, der bis zum Reichsgericht getrieben wurde — und mit der Niederlage des Verbandes, vertreten durch Otto Hackelbusch, endete. Entgegen allen tatsächlichen und Vernunftgründen entschied das Reichsgericht, daß der Eigentumsanspruch der Berliner Steinsetzerinnung rechtlich begründet und mithin ihr die Zunftutensilien auszuliefern seien.

Das Reichsgericht hatte sich bei seiner Entscheidung auf den Standpunkt gestellt, daß die „Steinsetzergesellenschaft" ursprünglich keine selbständige Körperschaft, sondern nur ein „integrierender Bestandteil" der im Jahre 1732 (oder 1735) errichteten Innung und deshalb rechtlich gar nicht in der Lage gewesen sei, für sich Eigentum zu erwerben; alles, was sie hätte erwerben können, sei Eigentum der Innung gewesen, von der eben die „Gesellenschaft" nur ein Bestandteil war.

Die Auffassung des Reichsgerichts war insoweit — formaljuristisch — richtig, daß bis zur Aufhebung der Koalitionsverbote im Jahre 1869 es ein Koalitionsrecht nicht gegeben und mithin auch eine koalitionsrechtlich unabhängige Gesellenschaft nicht bestanden hat. Soweit sie sich öffentlich betätigte, konnte sie bis dahin formalrechtlich nur als Bestandteil der Berliner Steinsetzerinnung gelten. Das setzte aber voraus, daß es in dieser Zeit immer eine Berliner Steinsetzerinnung gegeben hätte. Das Reichsgericht hat das auch als Tatsache angenommen — aber darin hat es geirrt, bzw. ist es absichtlich im Irrtum belassen worden, und zwar durch den Anwalt der Berliner Steinsetzerinnung! Den Nachweis für diese schwerwiegende Behauptung führt Kollege Knoll in seinem dritten Bande lückenlos. Kollege Knoll hat nämlich seinerzeit, um Material für sein Werk zusammenzutragen, auch die Akten der Berliner Steinsetzerinnung bei der Berliner Gewerbedeputation durchgearbeitet und hat darin einen amtlichen Vermerk vorgefunden, daß die in Frage kommenden Behörden die Berliner Steinsetzerinnung in den fünfziger Jahren für erloschen erklärt haben, weil sie seit Jahren nichts mehr hatte von sich hören lassen. Weiter befand sich aber bei den Akten ein anderer amtlicher Vermerk des Inhalts, daß der Anwalt der Innung sie aus Anlaß des hier behandelten Prozesses durchgesehen hat. Ihm muß natürlich auch der amtliche Vermerk über die Löschung der Innung zu Gesicht gekommen sein. Er hat diesen Umstand vor Gericht verschwiegen und somit dazu beigetragen, daß Kammergericht und Reichsgericht des irrtümlichen Glaubens sein konnten, die Berliner Steinsetzerinnung der neunziger Jahre sei die Rechtsnachfolgerin der Innung von 1732 gewesen, was nicht der Fall war. Die damalige und heute noch bestehende Berliner Steinsetzerinnung ist im Jahre 1882 gegründet worden, hat also mit ihrer 30 Jahre früher erloschenen Vorgängerin nicht das geringste zu tun. Sie hat demnach auf Grund des Fehlurteils des Reichsgerichts „Eigentum" zugesprochen bekommen, dessen Eigentümerin sie weder rechtlich noch tatsächlich ist. Es wäre daher nicht ausgeschlossen, daß alle noch lebenden Mitglieder der ehemaligen Berliner Steinsetzergesellen-Brüderschaft gegen die Berliner Steinsetzerinnung das Wiederaufnahmeverfahren mit Erfolg anstrengen könnten. Wir raten nicht dazu. Aber vielleicht veranlassen diese Ausführungen die heutige Leitung der Berliner Steinsetzerinnung, das Unrecht, das vor 30 Jahren den Berliner Steinsetzergesellen zugefügt worden ist, in einer Weise gutzumachen, die sie nicht schmerzt und dem anderen Teile gerecht wird.

Die historische Gerechtigkeit erfordert noch, festzustellen, daß die Berliner Steinsetzerinnung die erheblichen Gerichtskosten, die aus dem Prozeß erwachsen waren, von Otto Hackelbusch nicht eingetrieben hat, die natürlich der Verband zu tragen gehabt hätte. Es erscheint sogar, als wenn schon im Laufe des Prozesses im Innungslager eine weniger sozialistenfresserische Auffassung sich eingestellt oder daß man die Heißsporne etwas gedeppt hatte. Denn merkwürdigerweise hatte es die Innung, als sie den Prozeß endgültig gewonnen hatte, gar nicht so eilig, die heißumstrittenen Zunftutensilien in ihren Besitz zu bekommen. Nachdem Hackelbusch wiederholt vergeblich gemahnt hatte, sie aus seinem Verwahrsam abzuholen, machte er eines Tages kurzen Prozeß und brachte sie selbst mit einem Fuhrwerk nach dem Hofe des Innungsmeisters.

Noch ein Kuriosum sei erwähnt: unter den Zunftutensilien befand sich auch eine schwarzrotgoldene Fahne aus dem Jahre 1848. Diese hat die Innung nicht beansprucht. Sie befindet sich noch heute im Besitz des Verbandes. Die Berliner Kollegen sollten diese Fahne nicht im Schrank vermodern lassen, sondern sie bei jeder passenden Gelegenheit zu Ehren bringen.

So zeigt die hier geschilderte Episode, daß Geschichtsstudium nicht nur ein mehr oder minder angenehmer Zeitvertreib ist, sondern daß dadurch auch altes Unrecht der Vergangenheit entrissen werden kann. Die Geschichte ist noch immer die beste Lehrmeisterin. Kn.

Was irgend gelten will und walten.
Muß in der Welt zusammenhalten

Aus dem Verband Für den Verband

Willst du dich am Ganzen erquicken / So
mußt du das Ganze im Kleinsten erblicken

Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme • Karl Marx

Grünberg i. Schl. In einer Notiz der Zahlstelle Senftenberg in Nr. 2 des „Steinarbeiter“ werden „lästige Ausländer“ darauf aufmerksam gemacht, daß sie die Verbandsbeiträge am Arbeitsorte zu entrichten haben. In einer hier am 11. Januar stattgefundenen Versammlung wurde diese Kennzeichnung auswärtiger Kollegen als „lästige Ausländer“, auch wenn es anders gemeint war, sehr kritisch unter die Lupe genommen. Wenn ein auswärtiger Kollege Arbeit in Senftenberg aufnehmen kann, ist er wirklich noch nicht zum Ausländer gestempelt, oder gehört Senftenberg schon außerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches?! Wie aber sieht die Wirklichkeit aus und welche Nöte haben die auswärtigen, ländlichen Kollegen gerade jetzt unter der Krise durchzumachen. Es ist doch wahrlich bekannt, daß in Grünberg für die seit Menschengedenken dort ansässigen Steinsetzer in der Gesamtheit keine Beschäftigung besteht. Von jeher waren sie auf auswärtige Arbeit angewiesen. In Zeiten guter Konjunktur wurden Steinsetzerlehrlinge und -gesellen von den auswärtigen Unternehmern hier immer verlangt. Oft konnten die offenen Arbeitsstellen nicht besetzt werden. Die „lästigen Ausländer“ aus dem Grünberger Gebiete traten auf den Baustellen in der Regel für die Interessen des Verbandes und der Gesamtkollegen ein. Veranlaßt durch die wenigen Jahre guter Konjunktur griffen zahlreiche Unternehmer zu vermehrter Ausbildung von Lehrlingen, die sie jetzt als Gesellen in der Krise nicht beschäftigen können. Wenn also die städtischen Kollegen unter der Geißel der Arbeitslosigkeit schwer zu leiden haben, um wieviel mehr trifft das jetzt auf die ländlichen Kollegen zu. Wird jetzt ein Stück Straßenbauarbeit hergestellt, so erfolgt dies in der Form der Notstandsarbeiten. Das betreffende Arbeitsamt läßt zu solchen Arbeiten nur Arbeitskräfte aus seinem engen Bezirk zu, und Arbeit können nur die dort ansässigen Kollegen erhalten. Das bedeutet, daß die ländlichen Kollegen zu einem großen Teile während des verflossenen Jahres überhaupt keine Arbeit erhalten konnten. Fast alle Kollegen der Zahlstelle Grünberg sind von der Erwerbslosenunterstützung ausgesteuert. Die Not, die unter ihnen herrscht, ist riesengroß. Aber neben der eignen Not sollen und dürfen die städtischen Kollegen die noch größere Not der ländlichen Kollegen nicht vergessen. Darum nicht Fernhaltung „lästiger Ausländer“, sondern gemeinsames Zusammenarbeiten von städtischen und ländlichen Kollegen zur Abdämmung der durch die Arbeitslosigkeit erfolgten Notlage. Das muß unser aller Aufgabe mit Hilfe des Verbandes sein. Wenn weiter durch die städtischen Kollegen eine gewisse Abkapselung und Verhinderung des Zuzuges durch die Einführung der Arbeitsberechtigungskarten erfolgt, so ist das mit den Grundsätzen der Organisation schlecht vereinbarlich. Die Not trifft alle: Die durch die Notstandsarbeiten erfolgte Beschränkung des Zuzuges auswärtiger Kollegen ist schon so groß, daß eine Einschränkung durch Einführung der Arbeitsberechtigungskarte nicht am Platze ist. Arbeiten wir darum einträchtig, städtische und ländliche Kollegen, im Rahmen des Verbandes zusammen, um auf diesem Wege die Nöte der Zeit zu überwinden, aber sperren wir uns nicht gegenseitig voneinander ab als „lästige Ausländer“.

(Redaktion: Arbeitsberechtigungskarten dürfen keinesfalls zur Absperrung gegen auswärtige Arbeitskräfte benützt werden. Sie sollen nur der Prüfung und Kontrolle der Organisationszugehörigkeit dienen, sonst aber zu weiter nichts. In früheren Nummern des „Steinarbeiter“ ist wiederholt darauf hingewiesen worden.)

Berlin. Die am 18. Januar tagende Versammlung der Steinhauer von Groß-Berlin befaßte sich mit einem Artikel des RGO-(KPD)Blattes „Der Pionier“, das in schamloser Weise unwahre Behauptungen von unorganisierten Kollegen brachte, denn bei den am 14. Dezember ausgezahlten Wohlfahrtsgeldern ist auch nicht eine einzige Unregelmäßigkeit vorgekommen. Die Behauptung gewissenloser Unorganisierter, der Kollege R. Herfurth hätte Fritz Schulze 10 Mark heimlich zugesteckt, ist von den Unorganisierten eine Unwahrheit sondergleichen, sie gehen damit krebsen, um verbandstreu denkende Kollegen einzufangen. Auch die Behauptung, sie wären nicht zu der vorausgehenden Versammlung zugelassen worden, ist eine gleiche Unwahrheit der Unorganisierten, denn sie sind direkt vom Kollegen Fritz Schütze aufgefordert worden, an der Versammlung teilzunehmen, was sie aber ablehnten. Auch die dumme Behauptung, es wäre von Kollegen Herfurth ein Rollkommando gegen sie zusammengestellt, ist ebenfalls eine der üblen Lügen dieser Sorte Auch-Kollegen. Denn seit 25 Jahren ist niemals in unseren Branchenversammlungen weder vor oder nachher ein Streit oder gar Rauferei vorgekommen. Aber diese lügenhaften Unorganisierten (Steinhauer Fritz Schröder nebst seinen fünf Söhnen), die sich so skandalös betragen haben, können nicht mit Samthandschuhen angefaßt werden, denen muß, wenn's nicht anders geht, mit Hochdruck die Schmähsucht und anderes ausgetrieben werden. Deshalb, Kollegen, laßt euch nur nicht durch diese Nutznießer irre oder gar bange machen, sondern haltet treu zum Verbande. Auf einen Schelm setzen wir einen und einen halben und wenn es sein muß, auch zwei. Das stille und gelassene Zuschauen und Anhören von Rüpeleien derer, denen die Verbandskollegen die Kastanien aus dem Feuer holen, hat eine Grenze.

Landsberg (Warthe). Delegierte der Ortsgruppen des Bezirks Frankfurt (Oder) hatten sich am 11. 1. 31 hier zusammengesetzt, um über wichtige Fragen zu beraten. Der Konferenz voraus ging die Generalversammlung der hiesigen Zahlstelle. Geschäfts- und Kassenbericht wurden von der Versammlung gutgeheißen. Kassenbestand 164,43 Mark. Der Kassierer ersuchte die Delegierten, dafür zu sorgen, daß die Bezirksbeiträge von allen Ortsgruppen rechtzeitig eingesandt werden. Das bedingen schon die bevorstehenden Tarifverhandlungen. Hinsichtlich der Bezirksbeitragsleistung entspann sich eine längere Aussprache mit dem Resultat, daß es ohne Bezirksbeiträge nicht geht. Gauleiter Taege hielt ein Referat über die Tarif- und Lohnverhandlungen. Er war der Meinung, daß die Arbeiter alles andere als Vertrauen zu den Schlichtungsausschüssen haben können. Es müßte darauf hingewirkt werden, Tarifverträge durch freie Vereinbarung zum Abschluß zu bringen. Die weiteren Ausführungen über die Verhandlungen erweckten bei den Delegierten lebhaftes Interesse. Die Delegierten ließen jedoch darüber keinen Zweifel, daß sie sich nicht mit jedem Abschluß des Tarifs einverstanden erklären. Der Gauleitung wurde das größte Vertrauen ausgesprochen und sie beauftragt, die Verhandlungen in bisheriger Weise fortzuführen. Der Bezirksvorsitzende Kurzweg wurde von der Konferenz beauftragt, an den Tarifverhandlungen in Berlin teilzunehmen. Ueber Arbeitsbeschaffung in diesem Jahre äußerte sich der Gauleiter zuversichtlich. Im Interesse der Steinarbeiter wäre dies dringend zu wünschen; denn unter den Arbeitslosen stellen sie wohl das größte Kontingent. Der Antrag Zoch, Berlinchen, eine Aenderung in der Gewährung der Diäten, vor allem für die Delegierten der weit entfernten Zahlstellen, vorzunehmen, verfiel der Ablehnung. Dagegen fand der Antrag Krieger, Frankfrut (Oder): Die künftigen Bezirkssitzungen in Küstrin abzuhalten, einstimmige Annahme. Die Wahl des Bezirksvorstandes brachte keine Aenderung. Nach Erledigung interner Angelegenheiten schloß in vorgerückter Nachmittagsstunde die Tagung.

Stettin. Am 11. Januar tagte hier unsere Bezirkskonferenz (Straßenbau). Anwesend waren mit Stettin 35 Delegierte. Nach Vornahme der Wahl gab der Vorsitzende den Jahresbericht. Den Hauptteil der Tagesordnung füllte die Aussprache über die im Tarif zu ändernden Absätze aus. Die von Stettin vorgeschlagenen Aenderungen fanden allgemein Zustimmung und sollen bei der nächsten Verhandlung vertreten werden. Unter Punkt Verschiedenes wurde von etlichen Delegierten das zu seltene Erscheinen des Gauleiters bemängelt. Mit der Aufforderung, weiter fest zusammenzuhalten, schloß der Vorsitzende die Konferenz.

Marienwerder. Am 4. Januar 1931 Generalversammlung, die von den Mitgliedern gut besucht war. Der Vorsitzende dankte für den zahlreichen Besuch. Das Protokoll von der vorigen Monatsversammlung wurde vom Schriftführer verlesen. In einem Rückblick auf das verflossene Jahr, das für uns einen guten Abschluß fand, ermahnte der Vorsitzende zum besseren Zusammenhalten, um im Abwehrkampf geschlossen dazustehen. Es konnten wieder Neuaufnahmen vorgenommen werden. Auf ein eigenes Vorgehen der Steinschläger bei der Behörde wurde als unsinnig hingewiesen. Der Kassierer gab den Kassenbericht vom 4. Quartal. Lokalkassenbestand 30,16 Mark. Durch vorgehende Prüfung der Revisoren wurde Entlastung erteilt. Die gute Führung der Kassenbücher durch den Kassierer Kollegen Fr. Garba wurde anerkannt. Einstimmig wiedergewählt wurde Kollege Krause als 1. Vorsitzender, Kollege Fritz Garba, als Kassierer Kollege Cziczinski als Schriftführer und die Kollegen Adam und Grünke als Revisoren. Hinzugewählt wurde Kollege August Garba, als 2. Vorsitzender. Zu Kartelldelegierten wurden die Kollegen August Garba und Krause gewählt. Der Vorsitzende dankte für das so entgegengebrachte Vertrauen. Unter „Verschiedenes“ wurde der Antrag eines auswärts wohnenden Kollegen, der mit seinen Beiträgen 36 Wochen rückständig ist, abgelehnt. Ihm wurde die Neuaufnahme empfohlen. In Sachen der Kollegen Krohs und Kluge vor dem Arbeitsgericht mußte letzterer auf seine unwahrscheinlichen Angaben hin abgewiesen werden. Ueber den kommenden Lohnabbau sprach Kollege August Garba und wies darauf hin, daß sich jeder Kollege damit befassen sollte, um nicht allein auf die Funktionäre zu bauen. Jeder einzelne habe seinen Mann zu stehen. Der Vorsitzende sprach im Schlußwort über die politischen Parteien, deren Schläge auf die Organisation abzuwehren sind; er rief die Kollegen auf zur Einigkeit. Dann folgte noch kurzes gemütliches Zusammensein.

Danzig. Die Mitgliederversammlung der Sektion Steinmetzen am 27. 12. 1930 war gut besucht. Zu dieser war auch der Bezirksleiter Kollege Artur Casper erschienen, der über „Tariffragen einst und jetzt“ einen Vortrag hielt. Abschließend appellierte Redner an die jungen Kollegen, in treuer Verbandspflicht die Arbeit der Vorkämpfer zu übertreffen. Denn gerade die Steinmetzen seien die Pioniere des Steinarbeiter-Verbandes. Für alle Danziger Kollegen bestehe die Pflicht, in dieser harten Zeit fest zusammenzuhalten. Er versprach, die Danziger Kollegen in all ihrem Vorhaben zu unterstützen und zu helfen. In die Lohnkommission wurden einstimmig gewählt die Kollegen Czaja, Wegner, Thiel und Panitz. Unter „Verschiedenes“ erwähnte Casper Angestelltenfragen für den Freistaat Danzig und erklärte kurz, daß nach eingezogener Erkundigung er wohl uns Danziger als Deutscher in Danzig vertreten könne. Der Vorsitzende Kollege Kinny dankte dem Kollegen Casper und erklärte, wie schon zur Bezirkskonferenz in Königsberg, daß Danzig sich keinen besseren Vertreter für Regelung aller Verbandsangelegenheiten wünschen kann als ihn, den Bezirksleiter. Hierauf Schluß der Versammlung.

Heiligenbeil. Am 3. Januar 1931 fand die Generalversammlung der hiesigen Ortsgruppe statt. Nach Feststellung nahmen zwei Drittel der Mitglieder an der Versammlung teil! Bezirksleiter Koll. Kasper konnte an der Versammlung nicht teilnehmen, da er am selben Tage einen Termin hatte. Nach der Begrüßungsansprache ging der Vorsitzende zur Tagesordnung über, die 5 Punkte vorsah. Nach Verlesung der Rundschreiben von der Zentrale und der Bezirksleitung konnte im Geschäftsbericht festgestellt werden, daß im verflossenen Jahr 12 Versammlungen stattgefunden haben. Trotz der schlechten Konjunktur sind ein Austritt und fünf Neuaufnahmen zu verzeichnen, so daß die Zahlstelle jetzt 15 Mitglieder aufweist. Die Kasse war geprüft und für richtig befunden, dem Koll. Thurau wurde Entlastung erteilt und ihm Dank für seine Arbeit ausgesprochen. Die Arbeit des gesamten Vorstandes wurde dadurch anerkannt, indem er wiedergewählt wurde! Unter „Verschiedenes“ kam es zu einer lebhaften Aussprache über örtliche Fragen. Der Vorsitzende dankte allen Kollegen für ihre Mitarbeit und forderte auf, auch weiterhin im Verband mitzuarbeiten.

Witten. Mehrere unserer Kollegen arbeiteten bei dem Steinbruchunternehmer R. Peust, Witten. Seit Ende September 1930 arbeiteten die Stößer des Betriebes nur auf Packlage in Akkord. Wegen der unpraktischen Betriebsverhältnisse und des schlechten Gesteins (der Betrieb ist schon an und für sich unrentabel) verdienten Kollegen wöchentlich von 16 bis 36 Mark. Der Unternehmer weigerte sich, den tariflichen Stundenlohn 0,98 Mark nachzuzahlen. Für zwei Kollegen stand Termin am Arbeitsgericht Bochum an am 8. Januar cr. Selbstverständlich erschien der Steinbruchmeister (nicht ausgelernter Maurer und Fabrikarbeiter) Erich Krein, Witten, als Zeuge für die Firma. Der Bruchmeister bestritt die von den Klägern angegebene Stundenzahl. Als Beweis legte er Zettel eines Abreißkalenders vor. Wie das Gericht feststellte, waren die Notizen des Meisters zu verschiedenen Zeiten und mit verschiedenen Bleistiften geschrieben worden. Der Vorsitzende äußerte wörtlich: „Hätten wir den Zeugen vereidigt, dann läge er schon auf der Nase.“ Um also die Kläger zu schädigen, wurde von dem Meister so ausgesagt. Wären die Arbeiter auch so gehässig an richtiger Stelle, dann sähe es tatsächlich anders aus. Eine weitere Klage gegen die Firma läuft noch am Arbeitsgericht. Die Kollegen seien hiermit vor der Firma R. Peust mit ihrem Bruchmeister gewarnt. — Eine andere Firma, die auch unter Tarif bezahlt, ist: „Wilhelm Lütgehetmann jr., Witten, Espen 100.“ Diese Betriebe sind zu meiden.

Bayrischer Wald. Am Sonntag, 13. Januar, im Gewerkschaftshaus in Passau Bezirkskonferenz für die Pflastersteingruppe des Bayrischen Waldes mit folgender Tagesordnung: 1. Stellungnahme zur Kündigung des Pflastersteintarifs von seiten der Arbeitgeber. 2. Neuwahl der Lohnkommission. Gauleiter Kollege Schmidt, Wunsiedel, berichtet über die allgemeine wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Schon voriges Jahr versuchten die Unternehmer in der Bauindustrie und in der Metallindustrie, einen Lohnabbau herbeizuführen.

Jetzt hat auch der Verband der Niederbayrischen Hartsteinindustrie uns ein Neujahrsgeschenk präsentiert, und zwar Tarifkündigung mit einem 20prozentigen Lohnabbau bei Zeitlohnarbeitern, 7 Prozent bei Akkordarbeitern, sowie Zurückversetzung bei der Gruppeneinteilung der Pflastersteine in die zweitniederste Gruppe. Auch beantragten die Unternehmer, daß ein Mantelvertrag abgeschlossen werden soll, weil der Reichsarbeitsvertrag nicht mehr erneuert wird. Bezirksleiter Kollege Hausteiner kritisierte das Unterakkordantenwesen, weil einige Arbeitgeber ihre Betriebe geschlossen haben und diese Unterakkordanten um jeden Preis die Arbeit fertig am Bahnhof stellen, und um noch einigermaßen einen Verdienst zu erzielen, einfach 12 und 15 Stunden arbeiten. Also auf der einen Seite Arbeitslosigkeit wegen Mangel an Aufträgen, auf der anderen Seite 12 und 15 Stunden arbeiten. Es wurde festgestellt, daß in den 14 Zahlstellen, die auf dieser Konferenz vertreten waren, zirka 450 Kollegen beschäftigt sind, dagegen zirka 2500 arbeitslos sind. Betont wurde aber dabei, daß gewiß die „hohen Löhne“ im Bayrischen Wald an dem Absatzmangel nicht schuld sind, denn da würde es in anderen Steinbruchgebieten in Deutschland überhaupt keine Arbeit mehr geben. Der Grund hierzu muß schon auf einer anderen Seite gesucht werden. Denn der tarifliche Lohn ist für Hilfsarbeiter 47 Pfg. für gelernte 57 Pfg., und davon sollen noch 20 Prozent abgebaut werden!

Die anwesenden Delegierten faßten Beschluß, daß ein Lohnabbau auf keinen Fall hingenommen wird und beauftragten die Lohnkommission, sich bei der Lohnverhandlung mit allen Kräften dafür dementsprechend einzusetzen. Zum Schluß forderte der Gauleiter die Delegierten auf, die Kollegen über das Vorhaben der Unternehmer zu informieren.

Sprendlingen (Kr Offb.). Am Sonntag, dem 4. Januar, fand die Jahresversammlung der Zahlstelle statt. Zur Tagesordnung standen: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Anträge. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes. Vorsitzender J. Stroh gab in kurzen Umrissen den Geschäftsbericht. Zahlstellenkassierer Ph. Schäfer den Kassenbericht. Dieser weist einen für die jetzigen Verhältnisse sehr guten Kassenbestand auf. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassierer sowie dem Gesamtvorstand das Vertrauen ausgesprochen. Auf Antrag des Kollegen J. Schäfer werden die seitherigen Richtsätze für Unterstützung aus der Filialkasse aufgehoben. An dessen Stelle wird eine Wohlfahrtskommission gewählt, die die Unterstützungsbedürftigkeit von Fall zu Fall prüft. Der seitherige Vorstand wird in seiner Gesamtheit wieder gewählt. Eine außerordentliche Debatte entstand über die derzeitige Lohnfrage. Die Versammlung steht einstimmig hinter den Richtlinien der Organisation und verlangt von den noch in Arbeit stehenden restlose Ablehnung der von den Unternehmern gestellten Bedingungen.

München. Generalversammlung am 6. Januar 1931 im großen Saale des Gewerkschaftshauses. In seinem Vortrag schildert der Vorsitzende Kollege Raufer das Jahr 1930 als das schlechteste seit Bestehen der Zahlstelle München. Nach wie vor sind wir auf städtische und staatliche Arbeit angewiesen und laut Regierungsvorschlägen glaubte man an eine bessere berufliche Betätigung; jedoch auch diese Hoffnung war nichts. Auch die Arbeiten am Verkehrsministerium und am Deutschen Museum hatten nur geringe Bedeutung. Die Steinmetzarbeiten der Stadtgemeinde München betrugen 48 000 Mark (im Vorjahre 115 000 Mark), davon wurden nicht weniger als 35 000 Mark in Kunststein verbraucht. Auch für 1931 besteht wenig Aussicht auf größere Aufträge für städtische Arbeiten. Die verwerfliche Politik von rechts und ganz links haben dazu beigetragen, daß vom Ausland die Kredite gekündigt wurden. Daß die große Erwerbslosigkeit vom Großkapital künstlich erzeugt wird, darüber besteht kein Zweifel; durch die Zermürbung der Arbeiterschaft sucht man Uneinigkeit und Zersplitterung in ihren Reihen herbeizuführen.

Was die Regierung gebracht hat, sind Verschlechterungen der sozialen Einrichtungen, vor allem der Erwerbslosen- und Krankenversicherung und nicht zuletzt die Einführung der Schlacht- und Bürgersteuer. Zu allem kommt nun das Märchen vom Preisabbau. Auf der ganzen Linie künden die Arbeitgeber die Tarifverträge zum weiteren Lohnabbau. Was ein Tarifvertrag für uns bedeutet und wie es in einem tariflosen Zustand aussieht, sieht man am besten bei der Pflasterergruppe.

Unsere Zahlstelle ist erfreulicherweise auf der Höhe geblieben; denn trotz der Arbeitslosigkeit am Ort, von insgesamt 383 Kollegen stehen noch 22 Mann in Arbeit, hat ein Versuch zur Zersplitterung keinen Erfolg gehabt. Am Schlusse seines mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrages dankt Kollege Raufer allen Funktionären für die tatkräftige Mitarbeit, die Losung ist, den kommenden Ereignissen die Stirne zu bieten. Der Kassenbericht vom Kassierer Kollegen Sallinger zeigte wie alljährlich seine Tüchtigkeit als Finanzminister für die Zahlstelle. Das Anerkennungsschreiben von der Zentrale hat bei ihm Freude hervorgerufen. Daß die Finanzlage nicht glänzend, ist Grund unserer erschreckenden Erwerbslosigkeit verständlich. Einstimmig wurde Kollegen Sallinger Entlastung erteilt und seine Worte, „einig im Wollen, einig im Handeln“, soll für alle gelten, die in unseren Reihen stehen. Sämtliche Kassen und Bücher wurden von den Revisoren in tadelloser Ordnung befunden. Die alte Ortsverwaltung wurde einstimmig wieder berufen, die Geschäfte zu führen. Nach Erledigung der übrigen Tagesordnung schloß Vorsitzender Kollege Raufer die Generalversammlung.

Kottbus. Generalversammlung am 11. Januar 1931. Der alte Vorsitzende, Kollege Fritz Bachmann, legte sein Amt nieder. Derselbe hatte 4 Jahre lang seinen Posten zur größten Zufriedenheit der Kollegen geführt. An dessen Stelle wird Kollege Jüttner gewählt. Kollege Parnitzke behält seinen Kassiererposten, die Wahl eines Schriftführers wird bis zur nächsten Versammlung vertagt. Als Jugendleiter wird Kollege Jüttner wiedergewählt. Kollege Parnitzke gibt bekannt, daß in den nächsten Wochen in Kottbus die Gesellenausschußwahl stattfinden wird und alle wahlberechtigten Kollegen verpflichtet sind, an dieser Wahl teilzunehmen. Lokal und Zeit wird noch bekanntgegeben.

Dortmund I. Generalversammlung am 9. Januar. Die Tagesordnung umfaßte 5 Punkte. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab der Schriftführer den Versammlungsbericht vom 5. Dezember und einen Ueberblick über den Versammlungsbesuch des letzten Jahres. Es war festzustellen, daß etwa 25 Prozent der Mitglieder die Versammlungen regelmäßig, während ein großer Teil die Versammlungen nur bei wichtigen Angelegenheiten besucht. Dann gibt Kollege Stöhr einen Ueberblick über die Verhältnisse in der Zahlstelle und über die Tätigkeit des Vorstandes während des vergangenen Jahres. Hierauf erstattet der Kassierer, Kollege Aßhoff, den Bericht über die Quartals- und Jahresabrechnung. Es wird Entlastung erteilt. Vorstand und Kollegen danken dem Kassierer für seine mustergültige Kassenführung. — Der Kartellbericht ergibt eine Aussprache über die Erhöhung des Kartellbeitrages. Der Vorsitzende, der Kassierer und der Schriftführer wurden wiedergewählt, als Revisoren Jakob Kraus und Geord Winkler. Auch der Hilfskassierer für die Westdeutschen Marmorwerke wurde wiedergewählt. Dann wurden Oskar Lüneburg und Joseph Taubenberger wegen ihres verbandsschädigenden Verhaltens ausgeschlossen.

Querfurt. Generalversammlung am 11. Januar 1931. Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Kassenbericht; 2. Bericht von Halberstadt; 3. Vorstandswahl; 4. Eingänge; 5. Verschiedenes. Der Vorsitzende Otto gab den Jahresbericht, der ausklang zum Zusammenhalt der Kollegen. Dem Kassierer wurde wegen seiner ordnungsmäßigen Arbeit Entlastung erteilt. Dem Bericht von Halberstadt stellte sich die Versammlung entgegen und forderte bei einer 40-Stunden-Woche vollen Lohnausgleich. — Der alte Vorstand wurde wiedergewählt. — Zum Schluß kam die Mahnung, daß kein Kollege von Unternehmern zugesandte Schriftstücke unterschreibt, denn ehe ein neuer Tarif nicht genehmigt ist, gilt noch der alte Lohn.

Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

2. Gau: In **Dobrilugk** versucht der Inhaber des Schleifereibetriebes, Herr Koppe, durch Androhung der Entlassung die Belegschaft zu einer dem Tarif widersprechenden Vereinbarung zu zwingen. — Von dort fernbleiben!

5. Gau. Wuppertal-Barmen. Im Bereich der Zahlstelle sind ernste Differenzen wegen Lohn- und Arbeitsbedingungen ausgebrochen. Die Steinsetzmeister diktieren einen 20½prozentigen. Lohnabbau und legen jedem Kollegen einen Revers vor, in dem er sich unterschriftlich mit diesem Raub einverstanden erklären soll. Sämtliche Kollegen haben ein solches Ansinnen abgelehnt, und sind infolgedessen entlassen worden.

10. Gau. Im Bezirk Wernigerode a. Harz sind folgende Firmen für Steinarbeiter gesperrt wegen außerordentlicher Lohnreduzierung und sonstigen Verschlechterungen vor Tarifabblauf: H. Wegener, G. Strutz, Wolfram, E. Ritzau, Hannov. Basaltwerke.

Rundschau

Das Steinsetzergewerbe an der Wasserkante. Recht aufschlußreich über die Lage des Steinsetzergewerbes an der Wasserkante sind die nachstehenden Ausführungen aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Handelskammer zu Altona. Es heißt darin über das Steinsetzerhandwerk: „Der Beschäftigungsgrad ist gegenüber dem Vorjahre um etwa die Hälfte zurückgegangen. Die Provinzialverwaltung, die in den vergangenen Jahren ein großer Auftraggeber war, hat ihren Wegebau aus finanziellen Gründen stark einschränken müssen, ebenso die Kreise und die Städte. Dadurch fiel ein erheblicher Teil der sonst vergebenen Pflaster- und Tiefbauarbeiten aus. Auch Reichsbahn, Reichspost und Industrie erteilten nur die notwendigsten Aufträge. Besonders wurde darüber geklagt, daß die Reichsbahn fast sämtliche Aufträge in eigener Regie ausführen ließ. Die Folge dieser Verhältnisse waren außerordentlich starke Preisunterbietungen Die Preise für Pflastersteinmaterialien sind bis zu 10 v. H. gesunken."

Transeuropa-Straße gesichert. Eine Reihe wichtiger Fragen, die der Entwicklung der Touristik in den Balkanländern dienen, gab Veranlassung, daß Delegierte der Alliance Internationale de Tourisme, AIT., der Einladung des Oesterreichischen Touring-Clubs nach Wien folgten. Gegenstand der Besprechungen war unter anderem das Projekt der AIT., eine durchgehende, für den Automobilverkehr geeignete Straße von Calais bzw. Ostende durch Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rumänien bzw. Jugoslawien nach Stambul zu führen. Bis nach Budapest und darüber hinaus ist die Verwirklichung dieser „Grande Route London—Stambul" eine Frage, die in absehbarer Zeit gelöst sein wird. Die Anwesenheit von Vertretern aus den weiter südlich liegenden Ländern ließ großes Interesse an der Straße nach Stambul erkennen und der Ausbau ist so gut wie gesichert.

Wie alle großen Ideen bedarf auch die der Schaffung einer solchen Transeuropa-Straße langer Zeit, bis die Kraftfahrer sie voll ausnützen können. Aber auch die Fertigstellung von Teilstrecken in einzelnen Ländern, insebsondere am Balkan, ist schon ein großer Erfolg, den die AIT., der Schrittmacher für internationale Touristik, für sich buchen darf.

Von Deutschland nahmen an der Sitzung teil: Landesbaurat C. Fritz, Präsident des ADAC., Ewald Kroth, Sportpräsident des ADAC. und Generaldirektor Weber vom Deutschen Touring-Club.

Die Arbeiter-Praxis im kommunistischen Betrieb. Wir entnehmen darüber dem „Buchdrucker-Korrespondent": „Vom Betrieb der „Roten Fahne" in Berlin, der sich neuerdings „City-Druckerei" nennt, wurde die dort erschienene „Welt am Abend" an die Firma Gehring u. Reimers als Druckauftrag vergeben. Durch diese Betriebseinschränkung machten sich im „Peuvag"-Betrieb größere Entlassungen notwendig, weshalb Verhandlungen auf Grund der Stillegungsverordnung wegen teilweiser Betriebsstillegung notwendig waren. Hierbei erhielt die Firma die Genehmigung, 50 Personen zu entlassen; wobei sie verschwieg, daß sie noch Maschinensatz in Maschinensatzfabriken herstellen ließ. Bei diesen Entlassungen ließ die Firma die gesetzlichen Bestimmungen des § 84, 4 BRG völlig außer Betracht, so daß sich bei verschiedenen Gekündigten die größten Härten ergaben. Die Betroffenen legten ordnungsgemäß Einspruch beim Arbeiterrat ein: dieser prüfte die Einsprüche jedoch erst gar nicht, hielt die Entlassungen für berechtigt und verhandelte auch nicht mit der Firma. Die gekündigten Kollegen waren über dieses Verhalten des Betriebsrates und der Geschäftsleitung sehr empört, zumal sich unter den Gekündigten auch die beiden Vertrauensleute der Maschinensetzer befanden. Eine am vorletzten Sonntag abgehaltene Versammlung sämtlicher Maschinensetzer dieses Betriebes unter Vorsitz des Vorstandes des Brandenburgischen Maschinensetzer-Vereins nahm zu dieser Sachlage Stellung und beschloß, Verhandlungen über Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen zu fordern, um dem § 84,4 BRG. Rechnung tragen zu können. Diese Forderung wurde der Geschäftsleitung unterbreitet, Verhandlungen von dieser aber abgelehnt, worauf von 18 Maschinensetzern der Frühschicht 16 erklärten, nicht eher weiterarbeiten zu wollen, bis die Kündigungen zurückgenommen seien und die Firma sich zu Verhandlungen bereit erkläre. An Stelle der zu erwartenden Verhandlungen wurden diese sechzehn Maschinensetzer fristlos entlassen. 13 Maschinensetzer der zweiten Schicht erklärten sich mit den Entlassenen solidarisch und nahmen die Arbeit gar nicht erst auf, so daß 29 Maschinensetzer von dieser Bewegung erfaßt sind. Die Firma fand für diese entlassenen Maschinensetzer Ersatz aus dem eigenen verbliebenen Personal, indem sich Handsetzer zum Anlernen an der Maschine bereitfanden. Am 16. Januar erschienen in dieser Angelegenheit zwei Artikel in der „Roten Fahne", in denen in der übelsten Art die Funktionäre unserer Organisation verleumdet und verdächtigt wurden, so daß der Berliner Gauvorstand beschloß, nicht eher mit der Firma zu verhandeln, bis sie zu erkennen gibt, daß sie von diesen unwahren und verleumderischen Hetzereien abrückt und sie mißbilligt. Wiederholt suchte nun die Geschäftsleitung um Verhandlungen nach, die aber wegen Ablehnung der vom Gauvorstand geforderten Erklärung nicht stattfanden. Festzustellen ist, daß die in den angeführten Artikeln der „Roten Fahne" aufgestellten Behauptungen, daß die Buchdruckerbürokratie den Konflikt veranlaßt, und unterstützt habe, völlig unwahr ist. Wahr dagegen ist, daß der Gauvorstand von niemand um Rat oder Billigung der Aktion befragt wurde, überhaupt ohne jede Kenntnis der Differenz blieb, da sich weder Betriebsvertretung noch Betriebsleitung zwecks Beilegung an den Berliner Gauvorstand gewandt hat. Nunmehr werden die Verbandsmitglieder der „City-Druckerei" in einer vom Gauvorstand einberufenen Versammlung erneut zu diesen Dingen Stellung nehmen."

Wir bringen deshalb diese sachliche wahrheitsgetreue Darstellung, weil die KPD-Tagespresse in großen verlogenen Artikeln die Sache verdreht und in einer Art von Verfolgungswahn von der beabsichtigten Stillegung der „Roten Fahne" durch die gesamte „sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie" faselt. Das große Maul und die Nichtbeachtung der Arbeiterinteressen im eigenen Betrieb haben wir bei KPD-Unternehmungen schon mehr wie einmal feststellen können.

Sehr richtig, meine Herren! „Riesenkonzerne und protzige Verwaltungsbauten sind die Kennzeichen unserer heutigen Zeit, die die Massen regieren und jeden Einzelnen den Tribut aus sie zahlen lassen. Rationalisierung und Verwaltung, Schlagwörter unserer Zeit, scheinbar oft im Einklang, aber doch zum größten Teil um Unglück mit schuld. Die Verwaltungskosten, sowohl behördliche als auch private, die Unzahl der Pensionen (80 Prozent des Gehalts) erdrücken uns und deshalb müssen sie schnellstens abgebaut werden! Auto hin — Auto her, kaum daß jemand, der etwas zu sagen hat, noch geht, sei es der kleinste Geschäftsmann oder der Generaldirektor. Welche Maschinerie wird für eine einzige Menschenseele oft aufgebracht, um sie einige hundert Meter weit zu befördern. Karosserie, Ledersitze, Motor, Chauffeur, Betriebsstoff, Wartung, Unterhaltung usw., alles vielleicht nur, um jemanden guten Tag zu sagen oder sonst einiges zu reden oder zu bringen. Welch ein Aufwand und wie muß das allgemeine Unkostenkonto dadurch steigen und was soll dabei billiger werden?" — Diese Auslassung stammt aus einer Unternehmerzeitschrift „Ziegel und Zement", Nr. 52. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wenn wir dieser Charakteristik weiteres hinzufügen wollten.

Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

Versammlungen.

Am 1. Februar in Karlsruhe um 14½ Uhr im Lokal Georg Friedrich, Georg-Friedrich-Straße, Generalversammlung
In Wünschelburg um 9 Uhr bei Hitschfeld, Ober-Rathen.
In Michendorf/Saarmund um 14 Uhr, im Volkshaus Michendorf.
In Crossen um 9 Uhr bei Schulz in der „Quelle".
In Merenberg um 15 Uhr in „Schloß Merenberg".

Am 7. Februar in Augsburg um 17 Uhr, im Volkshaus.
In Charlottenburg-Berlin um 19½ Uhr bei Röhrich, Schloßstraße.

Am 12. Februar in Zittau, um 14 Uhr, im Volkshaus.

*

Die örtliche Reiseunterstützung wird nicht mehr gezahlt: in Jauer (Schlesien), Plauen (Vogtland).

Kringell. Der Kollege Xaver Scheifl bittet seinen Sohn Joseph Lorenz Scheifl, geb. am 18. September 1907 in Rastbüchl, um Adressenangabe; vielleicht können auch andere Kollegen die Adresse übermitteln?

Delitzsch. Die Mitglieder sind verpflichtet, die Arbeitsberechtigungskarten zur Abstempelung dem Zahlstellenvorstand vorzulegen.

Lauenburg in Pommern. Unsere Monatsversammlungen finden auch in diesem Jahre wieder jeden 3. Sonntag im Monat, um 10 Uhr, im Lokal „Baden", Kaiserstraße, statt.

Adressenänderungen

1. Gau: **Freienwalde** (Oder). Vors.: Fritz Lutter, Rosmartenberg Nr. 11. — **Insterburg.** Vors.: Otto Demant, Nordenburger Str. 10, Kass.: Gottlieb Meyer, Lindenstr. 14. — **Labes.** Vors.: Aug. Klück, Strahmeler Chaussee, Siedlung 23, Kass.: Otto Biesener, A-Straße 13. — **Regenwalde.** Kass.: Walter Steinkraus, Grabenstr. 5. — **Lauenburg**/Pomm. Vors.: Walter Schulz, Bülowstr. 4.
2. Gau: **Schobergrund.** Vors.: Fritz Bernhard. Kass.: Emil Antes, Altes Schloß.
3. Gau: **Häslich.** Kass.: Bruno Herrlich, Bischheim Nr. 64, Post: Bischheim-Gersdorf (Sa.).
4. Gau: **Alvensleben.** Vors.: Erich Duchstein. Kass.: Heinrich Grahn. — **Aschersleben.** Vors.: Paul Kahl, Stephanikirchhof 4, Kass.: Willi Starosta, Staßfurter Höhe 34. — **Greiz.** Vors.: Erich Linke, Greiz-Politz, Obere Braunstraße 19. — **Naumburg.** Vors.: Rud. Weidner, Kanalstraße 21. — **Wolfenbüttel.** Vors.: August Engel, Nordstraße 22 a. — **Weißenfels.** Sektionsleiter der Steinsetzer: Wilh. Voigt, Leipziger Straße.
5. Gau: **Dornap.** Vors.: Willi Eickenroth, Nr. 329. Kass.: Mich. Wagner, Nr. 393. — **Morsbach.** Vors. und Kass.: Jos. Schneider, Ellingen, Post: Niederhonefeld-Ellingen-Rh.-Pr.
6. Gau: **Bühl.** Vors.: Eugen Fritz, Bühlertal, Amt Bühl (Baden).
7. Gau: **Bayreuth.** Vors.: Adam Schott, Römerstr. 18, Reiseunterstützung wird beim Kollegen Georg Nützel, Bayreuth-Altstadt, Bamberger Str. 13, I., ausgezahlt. — **Tröstau.** Vor.: Joh. Schelter, Nr. 44. Kass.: Georg Späthling, Grötzschenreuth (Oberfr.) Nr. 25.
8. Gau: **Uebermaßhofen.** Vors.: Heinrich Schorr. Kass.: Hans Schorr.
9. Gau: **Nieder-Ofleiden.** Vors.: Wilhelm Böchel.
10. Gau: **Goslar.** Vors.: Wilh. Eckert, Peterstr. 23. Kass.: Wilh. Pletzer, Neue Straße 17. — **Harzburg.** Kass.: Heinrich Friehe, Juliusstr. 43.
11. Gau: **Marne.** Vors. u. Kass.: Joh. Paulsen, Dikhausen bei Marne. — **Neumünster.** Vors.: Gustav Dühnforth, Färberstr. 21. — **Stralsund.** Sektionsleiter der Steinarbeiter: Gustav Rieck, Prohmerstr. 7. — Vors.: Wilhelm Braend, Burgkampstr. 30, Kass.: Oskar Hornberg, Hopfengarten 12. — **Güstrow.** Vors.: Joh. Wolff, Krückmannstr. 13. Kass.: Heinr. Masche, Spaldingstr. 1. — **Oldenburg** i. Oldbg. Vors.: Heinr. Linde, Oldenburg-Bürgerfelde, Schulweg 27. — **Parchim.** Kass.: Ernst Völzer, Ludwigslust Str. 41 — **Westerstede.** Vors.: Gerh. Albers, Kayhausen, Post: Bad Zwischenahn i. O. Kass.: Fritz Fittje, Ocholt i. O.

Fachurteile über die Volksfürsorge

Im Gegensatz zu den maßlosen Angriffen der Verleger sogenannter Versicherungszeitschriften, der Zeitschriftenhändler und deren Agenten auf die Volksfürsorge stehen Aeußerungen von Fachblättern über die Volksfürsorge, die wir unseren Lesern nicht vorenthalten wollen.

In „Neumanns Zeitschrift für Versicherungswesen", Nr. 35 vom 27. August 1930, steht ein Artikel „Die privaten Lebensversicherungsgesellschaften im Jahre 1929". Darin werden der Stand der Unternehmen und insbesondere ihre finanzielle Kraft behandelt. Hinsichtlich der Verwaltungskosten heißt es:

„Bei einem Vergleich der Verwaltungskosten einzelner Gesellschaften untereinander hat man sich stets vor Augen zu halten, ob die betreffende Gesellschaft mehr die große oder die kleine Lebensversicherung pflegt, will man nicht zu einem schiefen Bild über die Sparsamkeit einer Gesellschaft kommen. Welche Unterschiede hier bestehen müssen, ergibt sich daraus, daß bei einer großen vorzüglich verwalteten norddeutschen Anstalt im Jahre 1929 die Erwerbskosten in der kleinen Lebensversicherung 4,26 v. T. des eingelösten Neugeschäfts und die laufenden Verwaltungskosten 7,21 v. H. der Prämieneinnahme höher waren als in der großen Lebensversicherung."

Die „Neumannsche" sagt nicht, daß sie mit diesem Hinweis auf eine „große vorzüglich verwaltete norddeutsche Anstalt" die Volksfürsorge meint. Deshalb wollen wir feststellen, daß die angegebenen Zahlen nur auf den Rechnungsabschluß der Volksfürsorge zutreffen

Die Zeitschrift „Die Versicherungswelt", Beilage der in Wien erscheinenden Zeitschrift „Der Kapitalist", veröffentlichte in Nr. 35 vom 29. August 1930 einen längeren Artikel über die Volksfürsorge, in dem der Rechnungsabschluß für das Jahr 1929 behandelt und dabei vor allem auch die „starke Senkung der Kostenbelastung" betont wurde. Unter anderem heißt es in dem Aufsatze:

„Seit der Stabilisierung der deutschen Währung nahm sie aber eine Entwicklung, die jedem unvoreingenommenen Betrachter imponieren muß. Die folgenden Zahlen sind ein untrüglicher Beweis der Werbekraft, die selbst unter den schwierigen Verhältnissen, unter denen die deutsche Wirtschaft in den letzten drei Jahren ihre Funktion erfüllen mußte, wahre Rekorde erzielen konnte.

Die Volksfürsorge hat in den wenigen Jahren, die seit der Wiederherstellung der deutschen Währung verflossen sind, einen verheißungsvollen Aufstieg gemacht. Ihre Entwicklungsmöglichkeiten sind sehr bedeutend, da es in ihr von Jahr zu Jahr in steigendem Maße gelingt, die infolge ihrer wirtschaftlichen Lage Versicherungsfähigen zu erfassen."

Der „Wiener Börsen-Kurier" besprach in Nr. 38 vom 22. September v. J. in seiner Fachbeilage die Ergebnisse der Volksfürsorge im Jahre 1929. In dem Artikel kommen folgende Aeußerungen vor:

„Die Volksfürsorge Versicherungs-Aktiengesellschaft nimmt unter den deutschen Versicherungsinstituten insofern eine besonders charakteristische Stellung ein, als sie sich in ihrer Tätigkeit auf gewerkschaftliche und genossenschaftliche Organisationen stützt, die der Gesellschaft eine dankbare Betätigungsmöglichkeit bieten.

Aus der Höhe der Prämienreserve, die per 31. Dezember 1929 mit nicht weniger als 63,4 Millionen RM ausgewiesen wird, geht hervor, wie groß die finanzielle Leistungsfähigkeit und demgemäß auch die Bedeutung der Anstalt ist.

Das Gesamtvermögen des Instituts erreichte Ende 1929 dank der vorbildlichen Führung der Geschäfte die außerordentliche Höhe von mehr als 94,7 Millionen RM.

Der im Jahre 1929 erzielte Reingewinn erreichte eine Höhe von 9,9 Millionen RM und dokumentiert sinnfällig, in welch erfreulichen Bahnen sich die Aufwärtsentwicklung des Instituts bewegt."

Briefkasten

S. Solche Betriebsstillegungen bringen wir nicht, weil dieser Vorgang schon seit Jahren in mindestens 400 Zahlstellen sich abspielt.

Anfrage B.: Mein natürlicher Vater ist gestorben. Ich bin uneheliche. Der Verstorbene hinterläßt ein schönes Vermögen. Wieviel habe ich als uneheliches Kind zu beanspruchen? — Antwort: Da das uneheliche Kind mit seinem Vater nicht verwandt ist, kann es auch nicht erbberechtigt sein (!). Vielleicht läßt sich gütlich etwas erreichen. Liegt denn kein Testament vor?

Anfrage M.: Ist es richtig, daß jetzt eine Entscheidung ergangen ist, in der die Kurzarbeit der Lehrlinge behandelt worden ist? — Antwort: Wahrscheinlich meinst du die Entscheidung des Reichsarbeitsgerichts vom 17. September 1930. Danach ist der Arbeitgeber trotz Einführung von Kurzarbeit verpflichtet, den Lehrling in 48stündiger Arbeitszeit zu beschäftigen, vorausgesetzt, daß im Lehrvertrag diese Arbeitszeit vereinbart ist.

Anfrage A.: Mein Vater beabsichtigt, sein Testament zu machen. Muß er da zu einem Rechtsanwalt oder zum Gericht? — Antwort: Das kann er. Er braucht es aber nicht. Es genügt, daß er selbst das Testament niederschreibt und unterschreibt. Allerdings muß er Ort und Zeit angeben.

Anfrage D.: Mein Sohn ist Lehrling. Wir haben einen schriftlichen Lehrvertrag. Der Lehrherr weigert sich, meinem Sohn notwendige Wäsche und Kleidung zu kaufen, obwohl er sich dazu im Vertrage verpflichtet hat. Was kann ich machen? — Antwort: Du hast zwei Wege. Entweder kannst du den Lehrherrn beim Arbeitsgericht verklagen oder du kannst das Lehrverhältnis auflösen und Schadenersatz geltend machen.

Anfrage O.: Ich beziehe Arbeitslosenunterstützung. Jetzt ist mir nachträglich die Invalidenrente bewilligt worden. Bekomme ich die Unterstützung weiter? — Antwort: Wir wissen nicht, wie alt du bist. Bekommst du Altersrente und bist noch arbeitsfähig, so kannst du die Unterstützung weiterbeziehen. Was über 30 RM. monatlich ist, wird dann angerechnet. Bekommst du aber die Rente wegen Invalidität, so kannst du keine Arbeitslosenunterstützung mehr beziehen. Auf jeden Fall mußt du dem Arbeitsamt unverzüglich Mitteilung machen.

Neue Bücher und Zeitschriften

Gewerkschafts-Archiv. Monatshefte für Theorie und Praxis der gesamten Gewerkschaftsbewegung. Mit Beilage „Gewerkschaftliche Bildungsarbeit". Herausgegeben von Karl Zwing, Jena. Januarheft 1931. Verlag Karl Zwing, Verlagsbuchhandlung, Jena. Vierteljahrsabonnement 3,60 Mark.

Mit dem vorliegenden Januarheft ist das „Gewerkschafts-Archiv" nunmehr in den 8. Jahrgang seines Erscheinens eingetreten.

Ein Jahrzehnt Völkerbund. Großfolio, 176 Seiten, Kunstdruck, brosch. 9 Mark, gebd. 11 Mark.

Unter diesem Titel ist im Verlag Völkermagazin Marquardt u. Co., Berlin W 62, ein reich illustriertes Werk erschienen, das in Anbetracht der skeptischen Einstellung, die die Tätigkeit des Völkerbundes gerade im letzten Jahre nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Staaten, hervorgerufen hat, besondere Beachtung verdient. Den Gewerkschafter werden vor allen Dingen die mit dem Internationalen Arbeitsamt im Zusammenhang stehenden Themen interessieren. Sind doch die wertvollen Arbeiten dieser Organisation im Dienste der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens in ihrem Endergebnis höher einzuschätzen als die bisherige politische Tätigkeit des Völkerbundes.

Im ersten Teil des Werkes sind etwa 120 handschriftlich wiedergegebene Urteile bedeutender Zeitgenossen aus allen Teilen der Welt und aus fast allen politischen Lagern mit ihren persönlichen Auffassungen über den heutigen Völkerbund vertreten. Der Präsident des Deutschen Reichstags, Paul Löbe, sagt: „Zehn Jahre Völkerbund zeigen uns, wie schwer und langsam das Rad der Weltgeschichte sich dreht, wenn es gilt, aus alten Geleisen heraus in neue Bahnen zu lenken. Wie wenig wurde erreicht in der Frage der Abrüstung — fast nichts! — wie wenig auf dem Gebiet des Minderheitenschutzes! Ich glaube, wenn alle Vertreter in Genf sich mehr als Beauftragte ihrer Völker, statt als Vertreter ihrer Regierungen fühlten, könnte das Tempo ihrer Erfolge etwas lebhafter werden." L. Jouhaux, der Vizepräsident des Internationalen Gewerkschaftsbundes, bekennt: „Ich glaube an den Völkerbund, weil der Frieden nur auf der internationalen Zusammenarbeit der Völker gegründet werden kann und diese Zusammenarbeit für ihr Bestehen internationale Organe voraussetzt. Es besteht eine enge Verbindung zwischen den wirtschaftlichen Problemen der internationalen Gesetzgebung und dem Weltfrieden. Völkerbund und Internationales Arbeitsamt können und müssen mit vereinten Kräften der Menschheit die geforderten Lösungen bringen." In 40 weiteren Aufsätzen werden wirtschaftspolitische Betrachtungen über die Licht- und Schattenseiten des ersten Jahrzehnts des Völkerbundes, ebenso über die kulturellen Aufgaben dieser weltumfassenden Organisation von internationalen Autoren gegeben.

Ein vielseitiges Buch ohne lehrbuchmäßigen Charakter, wenn man von den großen interessanten Tabellen, die die Größe und Beitragsleistung der einzelnen Mitgliedsstaaten veranschaulichen, absieht. Zur Urteilsbildung über den heutigen Völkerbund sowie seine Zukunftsaufgaben muß dieses Buch herangezogen werden.

Die Verlagsgesellschaft des ADGB vermittelt den Bezug und hat für die Mitglieder der freien Gewerkschaften einen Preis von 7,50 Mk. (brosch.) vereinbart.

Anzeigen

Den bekannt guten u. bestbewährten **handgearbeit. Steinbruchschuh, ℳ 14.75** Reellste Beliefer. Hochw. Qualit.

Verlangen Sie Preisliste **Herm. Welbers Berufsschuhwerk Bad Godesberg**

Pflasterhämmer
aus bestem Schweisstahl,
Rammen, Brechstangen
und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb
Otto Teske, Berlin N 31
Brunnenstraße 82

Bücher die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfiehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstr. 6

Gestorben

(Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)

Demitz-Thumitz. Am 23. Dezember der Pflastersteinmacher Paul Walter, 53 Jahre alt, 58 Wochen krank, Krebsleiden.

Nürnberg. Am 29. Dezember der Schleifer Johann Roth, 49 Jahre alt, 13 Wochen krank, Darmkrebs.

Berlin. Am 7. Januar der Rammer Albert Götsch, 55 Jahre alt, Gehirnschlag; am 16. Januar der Fräser Max Schulz, 57 Jahre alt, 7 Wochen krank, Lungenentzündung.

Hamburg. Am 12. Januar der Steinsetzer Karl Barth, 40 Jahre alt, 4 Wochen krank, Lungenleiden.

Regensburg. Am 12. Januar der Steinmetz Georg Meierhofer, 49 Jahre alt, Herzschlag.

Oppeln. Am 13. Januar der Rammer Alb. Bednarek, 58 Jahre alt, 3 Monate krank, Magengeschwulst.

Striegau. Am 13. Januar der Pflastersteinmacher Heinrich Schröter, 50 Jahre alt, 55 Wochen krank, Darmtuberkulose.

Ströbel. Am 14. Januar der Granitsteinmetz Karl Klose, 48 Jahre alt, 14 Tage krank, Rippenfellentzündung.

Hohburg. Am 14. Januar der Brecher Richard Petzold, 38 Jahre alt, Freitod.

Randersacker (Bez. Würzburg). Am 16. Januar der Steinmetz Johann Wetzger, 21 Jahre alt, 10 Tage krank, Blinddarmentzündung.

Striegau. Am 21. Januar der Brecher Joseph Hähnel, 58 Jahre alt, 38 Wochen krank, Lungentuberkulose.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung Hermann Siebold. Verlag Ernst Winckler, beide in Leipzig. Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.

Sonnabend, 31. Januar 1931 — Der Steinarbeiter — 35. Jahrgang, Nummer 5

Das Granitwerk Schiller in Weidenberg auf der Jagd nach Lohnabbau

Die Jagd der Unternehmer auf Lohnabbau hat natürlich nicht vor den blauweißen Grenzpfählen haltgemacht. Auch der Verband Bayrischer Granitwerke wurde von dieser Lohnabbaukrankheit befallen. Für die Schleiferei- und Granitwerksteinbetriebe hatte dieser Unternehmerverband durch Anschlag in den Betrieben einen Lohnabbau von 18 Prozent gefordert. Wer mit dieser Lohnkürzung nicht einverstanden war, galt ab 17. November als entlassen. Die Folge war, daß es in diesen Betrieben am genannten Tage zu einem Streik bzw. zu einer Aussperrung kam. Das von uns eingeleitete Schlichtungsverfahren führte zu einem rechtsverbindlichen Schiedsspruch, durch den die Zeitlöhne um 2 und 3 Pfg. und die Akkordlöhne um 10 Prozent reduziert wurden. In Nr. 49 des „Steinarbeiters" haben wir die Ursachen dieses sehr weitgehenden Schiedsspruchs näher beleuchtet und ging daraus hervor, daß dieser Schiedsspruch besonders darauf zurückzuführen war, weil in mehreren Betrieben bereits schon örtliche Vereinbarungen mit einem ganz erheblichen Lohnabbau getroffen waren. Die Schlichterkammer hat in ihrer Begründung des Schiedsspruches noch mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß sogar noch ein weiterer Abbau der Löhne unvermeidlich sei, wenn es nicht gelingt, die durch Schiedsspruch neu festgesetzten Löhne in allen Betrieben zur Durchführung zu bringen. Unsere Aufgabe mußte also darin bestehen, den Schiedsspruch mit seiner neuen Lohnregelung auf der ganzen Linie durchzuführen und jeden weiteren betrieblichen und örtlichen Abbau gegenüber den im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnsätzen zu verhindern. Wie notwendig diese Aufgabe war, das beweist die einwandfreie Tatsache, daß Herr Schiller in Weidenberg seinen Arbeitern schon 4 Tage nach der Fällung des Schiedsspruches folgende neue Lohnregelung in Form einer Vereinbarung unterbreitete:

Weidenberg, den 29. November 1930.

Lohnvereinbarung mit der Firma Gebr. Schiller, Granitwerk, Weidenberg.

„Ich Unterzeichneter erkläre mich mit einem Stundenlohn von 69 Pfg. einverstanden und bin bereit, auf Verlangen im Akkord zu arbeiten nach den vom V.B.G. vereinbarten Akkordsätzen. Bei einer Arbeitszeit von 60 Stunden in der Woche wird ein Ueberstundenzuschlag nicht beansprucht. Darüber hinausgehende Stunden werden extra vorher vereinbart."

Diese Lohnvereinbarung des Herrn Schiller beweist, daß diesem Arbeitgeber der im Schiedsspruch vorgesehene Lohnabbau immer noch nicht weit genug ging, daß hier also sofort nach der Fällung des Schiedsspruches ein nochmaliger Lohnabbau gefordert wurde. Weiter wird in dieser Vereinbarung auch noch die Anerkennung des 10-Stunden-Tages ohne jeden Zuschlag gefordert. Selbst für die über 10 Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit kommt für Herrn Schiller nicht der tarifliche, sondern ein nach Geschmack des Herrn Schiller vereinbarter Zuschlag in Frage. Da es sich hier um eine Sache handelt, die nicht nur die Arbeiter der Firma Schiller, sondern auch die Kollegen in allen anderen Betrieben angeht, konnten wir an diesem Vorgehen des Herrn Schiller nicht achtlos vorübergehen und haben wir zu diesem Zweck zunächst in der örtlichen Parteipresse zu dieser Angelegenheit folgende Zeilen veröffentlicht:

„Daß heute das Unternehmertum auf der ganzen Linie von der Lohnabbaukrankheit befallen ist, darüber ist die breite Oeffentlichkeit, insbesondere aber die Arbeiterschaft hinreichend informiert. Solange diese Lohnabbaukrankheit noch heilbar ist, besteht zur Beunruhigung keine Veranlassung. Leider hat diese Krankheit bei einzelnen Unternehmern bereits einen chronischen, also einen unheilbaren Charakter angenommen und zu diesen chronischen Lohnabbauern gehört auch das Granitwerk Schiller in Weidenberg. Das bisher für die Granitindustrie bestehende Lohnabkommen wurde von der genannten Firma schon bisher nicht im geringsten beachtet, die tariflich festgesetzten Lohnsätze standen also bei dieser Firma schon bisher nur auf dem Papier. Durch Schiedsspruch vom 24. November 1930 wurden die bisher für die Oberfränkische Granitindustrie bestehenden Lohnsätze bis zu 10 Prozent, also ganz erheblich, reduziert. Man sollte nun annehmen, daß durch diesen Schiedsspruch auch die Firma Schiller endlich einmal Befriedigung gefunden hätte und daß wenigstens die erheblich reduzierten Tariflöhne auch im Betrieb dieser Firma zur Auszahlung kommen. Wer aber mit dieser Selbstverständlichkeit rechnete, hatte sich gründlich verrechnet. Herr Schiller hatte nach Abschluß der zentralen Verhandlungen nichts Eiligeres zu tun, als seinen Arbeitern sofort wieder eine Vereinbarung zu unterbreiten, durch welche auch gegenüber den neuen Tariflöhnen ein nochmaliger und sehr erheblicher Lohnabbau gefordert wird. Mit dieser Forderung nach einem weiteren Lohnabbau sind aber die Wünsche des Herrn Schiller noch lange nicht erfüllt. Auch die tariflich festgesetzte Arbeitszeit von 8 Stunden und die für jede Ueberstunde vorgesehenen Zuschläge liegen Herrn Schiller sehr im Magen. Zur Behebung dieser Magenschmerzen verlangt Herr Schiller von seinen Arbeitern die Anerkennung des 10-Stunden-Tages ohne jeden Zuschlag und erst für die über 10 Stunden hinausgehende Arbeitszeit will Herr Schiller einen Zuschlag bezahlen. Auch die Höhe dieses Zuschlages soll nicht nach den tariflichen Sätzen, sondern wiederum nach einer besonderen Vereinbarung, also wiederum nach dem Geschmack des Herrn Schiller bemessen werden. Wenn jetzt berücksichtigt wird, daß die tariflichen Lohnsätze in der Granitindustrie ohnehin vollständig unzulänglich, also sehr schlecht sind, dann muß das Vorgehen des Herrn Schiller als äußerst rücksichtslos und brutal bezeichnet werden. Anscheinend ist Herr Schiller bereits schon im dritten Reiche des Faschismus und der Unternehmerdiktatur gelandet. Ermöglicht wird Herrn Schiller sein Vorgehen nur dadurch, weil der große Teil seiner Arbeiterschaft auch heute noch keine Organisation braucht und weil die Arbeiter ohne Organisation einfach machtlos sind. Von den unorganisierten Arbeitern des Herrn Schiller wird dabei noch die bittere Tatsache übersehen, daß sich diese Arbeiter durch ihre gewerkschaftliche Teilnahmslosigkeit nicht nur selbst schädigen, sondern daß dadurch auch die Steinarbeiter in allen anderen Betrieben schwer zu kämpfen haben, und zwar deshalb, weil ja den übrigen Unternehmern das Vorgehen des Herrn Schiller nicht unbekannt bleibt und weil die Unternehmer dann bekanntlich den Standpunkt vertreten, daß das, was im Betrieb des Herrn Schiller möglich ist, in den anderen Betrieben nicht unmöglich sein kann. Die unorganisierten Arbeiter des Herrn Schiller geben also durch ihr Verhalten auch den übrigen Unternehmern Veranlassung, den Lohnabbau noch weiterhin zu betreiben. Ist sich die Arbeiterschaft des Herrn Schiller wirklich nicht darüber klar, daß hier ein ganz unverantwortliches Spiel getrieben wird? Oder ist Weidenberg der Ort, in dem Milch und Honig fließt und die Arbeiterschaft daher ihre Lebensmittel und Bedarfsartikel umsonst bekommt? Sieht die Arbeiterschaft des Herrn Schiller wirklich nicht ein, daß es äußerst beschämend ist, wenn solche Dinge in aller Oeffentlichkeit besprochen werden müssen? Ein Jahr voll Not und Elend hat seinen Abschied genommen. Ein Jahr schwerer Kämpfe hat seinen Einzug gehalten. Auch die Arbeiterschaft des Herrn Schiller wird sich aktiv an diesen Kämpfen beteiligen müssen, wenn diese Arbeiter trotz fleißiger Arbeit nicht verhungern wollen. Es wäre wirklich höchste Zeit, diesen Wink mit dem Zaunpfahl endlich einmal zu begreifen. Hinein in die Organisation zur Wahrung der tariflichen Rechte, das muß auch die Losung der Steinarbeiter in Weidenberg im neuen Jahre sein."

Die Folge dieses Artikels bestand zunächst darin, daß Herr Schiller telephonisch eine Berichtigung verlangte, im anderen Falle werde er die Sache seinem Rechtsanwalt unterbreiten. Unsere Antwort bestand in der Erklärung, daß für uns nicht die geringste Veranlassung zu einer Berichtigung besteht und daß wir einer Beleidigungsklage mit der denkbar größten Ruhe entgegensehen. Bis zum heutigen Tage haben wir von dieser Beleidigungsklage noch nichts gemerkt; Herr Schiller hat vielmehr den besseren Teil der Tapferkeit gewählt und seine Arbeiter unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse zu folgender Erklärung unter „Eingesandt" im „Bayreuther Tagblatt" veranlaßt:

„Arbeiter entgegnen der Volkstribüne.

Die Fränkische Volkstribüne Nr. 4 vom 6. Januar bringt über unsere Firma „Gebr. Schiller, Weidenberg", derartige der Wahrheit nicht entsprechende Beschuldigungen, daß die gesamte Arbeiterschaft — auch der organisierte Teil — diese Ausführungen verurteilt.

Zuerst eine Richtigstellung: „Lohnabbau hätte nicht erfolgen können, wenn ein Teil der Arbeiterschaft nicht organisiert wäre." Das erweckt den Eindruck, als ob etwa die Hälfte der Arbeiter organisiert wäre. Dem ist nicht so. Von der Gesamtbelegschaft (80 Mann) sind 7—9 organisiert.

Der Bericht entstammt — so erzählt wenigstens die Volkstribüne auf Anfrage unserer Arbeitgeber — der Gauleitung der Steinarbeiter Deutschlands, Gau Wunsiedel, und zwar der Feder des Gauleiters, eines gewissen Schmidt. Die Behauptung, daß die tariflichen Löhne nicht gezahlt werden, ist unwahr. Wie können denn zwei Lehrlinge, die beide erst 2 Jahre lernen, auf einen Stundenlohn von 62 Pfennig kommen? Wir werden nach Leistung bezahlt, und das ist unser Prinzip, das wir vertreten, und das ist auch von unseren Arbeitgebern anerkannt worden Oder glaubt der Herr Gauleiter, daß unsere Firma den Tariflohn zu zahlen hat, ohne überhaupt auf Leistungen des einzelnen zu sehen Wer Arbeit nach dem Tarif leistet, hat Lohn nach diesem bekommen.

Weiter ist unwahr, daß die Firma Gebr. Schiller die 10stündige Arbeitszeit verlangt. Im Gegenteil! Bei der Mitteilung, daß nur 8 Stunden pro Tag gearbeitet werden sollen, haben wir fast insgesamt um Beibehaltung einer längeren Arbeitszeit gebeten. Einen Ueberstundenzuschlag wollen wir bis zu 10 Stunden nicht haben, weil unsere Arbeitgeber wahrscheinlich auch für diese Zeit und zwar für die geleistete Arbeit von ihren Kunden auch keinen erhöhten Preis bezahlt bekommen. Wir haben uns oft genug überzeugt, daß die Preise sehr schlecht sind und über alle Maßen gedrückt werden und eine weitere Belastung durch Ueberstundenzuschlag wollen wir nicht haben.

Der ganze Bericht des Herrn Gauleiters mit seinen Verdrehungen ist darauf zugeschnitten, neue Mitglieder in die — sozialdemokratische — (nicht neutrale) Berufsgewerkschaft zu locken. Es ist eben für den Herrn Bonzen im vergangenen Jahre zu wenig abgefallen. Von 80 Arbeitern nur 8 organisiert, da kann nicht viel herauskommen. Achtzig würden doch viel mehr für ihn eintragen.

Ja, glaubt denn der Herr Gauleiter, die Arbeiter sind hirnverbrannt? In Berlin stimmt die SPD der Notverordnung zu mit der großen Ankündigung Preisabbau. In Wunsiedel möchte die andere Seite der SPD mehr Lohn. Zuerst haben uns die Herren Bonzen der SPD um unseren Lohn gebracht, indem sie für die Notverordnung stimmen, und jetzt möchten sie uns in ihre Organisation haben und uns abermals betrügen. Den Arbeitgebern werfen sie jetzt die „Jagd nach Lohnabbau" vor und uns haben die Maulhelden zuerst den Lohnabbau gebracht. Wir alle wissen genau, daß diese Gewerkschaft nur da ist, um aus unseren Arbeitergroschen ein Heer von Schmarotzern zu unterhalten und diesen Bonzen schöne Paläste hinzubauen. Das unverantwortliche Spiel mit den Arbeitern — wie es im Bericht heißt — treibt nicht unser Arbeitgeber, sondern die Gewerkschaft, nämlich die hinter ihr stehende SPD. Aber in uns Arbeitern regt sich allmählich der Widerstandswille gegen das System der SPD, und diese Herren wissen das nur zu genau. Sie versuchen jetzt mit allen Mitteln die schweren Widersprüche zu bemänteln und vor allem ihren Posten zu erhalten, den sie sich ergaunert haben; aber nicht nur für ihre äußeren Vorteile kämpfen sie, sondern auch um ihr Leben, dessen sie sich nicht mehr sicher fühlen. Sie müssen jetzt mit neuen Versprechungen an ihre betrogenen Genossen herantreten, aber es wird ihnen alles nichts mehr helfen.

Konrad Engelbrecht, Steinmetz. **Leonhard Krauß**, Steinmetz. **Sigmund Röthel. Johann Eisenhut**, Steinarbeiter. **Nikolaus Kilchert**, Steinschleifer."

Es kann hier nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß die obige Erwiderung auf unseren Artikel nicht von den unterzeichneten Arbeitern, sondern von Herrn Schiller selbst verfaßt wurde und daß diese unterzeichneten Arbeiter zur Erhaltung ihrer Arbeitsstelle zu ihrer Unterschrift gezwungen wurden. Wir halten es für vollständig überflüssig, an dieser Stelle noch besonders zu betonen, daß wir unsere Ausführungen in Nr. 4 der „Fränkischen Volkstribüne" trotz aller Gegenerklärungen in vollem Umfange aufrechterhalten. Den bayrischen Kollegen ist mit der obigen Darstellung sicher nichts Neues gesagt. Diesen Kollegen sind solche Vorkommnisse hinreichend bekannt und wäre nur zu wünschen, daß diese Dinge zur Vermeidung persönlicher Angriffe endlich einmal Berücksichtigung finden würden. Den Kollegen außerhalb der blauweißen Grenzpfähle sind diese Vorgänge ein Beweis dafür, daß auch heute im Jahre des Heils noch Zeichen und Wunder geschehen und daß es „Bayrische Belange" leider auch heute noch gibt.

Chr. Schmidt.

RGO und praktische Arbeitervertretung

Nachstehend ein Beispiel über die von der kpdistischen RGO geleisteten praktischen Arbeitervertretungen:

Am 23. Dezember 1930 hatte ich einige Termine vor dem Liegnitzer Oberversicherungsamt wahrzunehmen. Im Warteraum kommt ein ebenfalls vorgeladener Kollege aus Jauer an mich heran und ersucht mich, auch seine Sache mit zu vertreten. Nach kurzer Aussprache stellte sich heraus, daß der Kollege A. tatsächlich Mitglied unseres Verbandes ist, trotzdem aber als Mitglied der KPD die Wahrnehmung seiner Streitfälle der RGO übertragen hatte

Wie sah nun aber diese Vertretung aus?

Man hatte die Vorgänge wohl zur Notiz genommen, die Vertretung auch zugesagt, sogar ein Schriftstück angefertigt, aber weiter nichts mehr von sich hören lassen.

In der Entlassungssache hatte die RGO den Kollegen nicht einmal darauf aufmerksam gemacht, daß er die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten erfüllen muß, wie Einspruch beim Betriebsrat usw., so daß er in dieser Angelegenheit seines sonst wohlbegründeten Anspruches auf Weiterbeschäftigung restlos verlustig ging. Leider gibt es keine Möglichkeit mehr, den Anspruch wieder aufleben zu lassen.

Mindestens 150 Mark bezahlt der Arbeiter dafür, daß er den Maulrevolutionären aufgesessen ist.

Bezüglich der vor dem Oberversicherungsamt anstehenden Streitsache, stellte sich die von der RGO gegebene Begründungsschrift als vollkommen gegen den Anspruch des Kollegen sprechend heraus, so daß ich das Begründungsschreiben der RGO auf Irrtum beruhend bezeichnen und zurückziehen und außerdem das Gegenteil des Geschriebenen als zutreffend unter Beweis stellen mußte.

Der Vertreter der RGO hat also in seiner Unwissenheit nicht nur falsch, sondern den Interessen seines Mandanten direkt zuwiderlaufend begründet. Ein Irrtum dieses Revolutionärs ist ausgeschlossen. Auch den Mut hat dieser Schreihals nicht aufgebracht, dem Arbeitskollegen zu sagen, daß er keine Ahnung von praktischer Arbeit hat.

Durch Verwerfung der RGO-Begründung und dem Nachweis, daß das Gegenteil richtig ist, gelang es, den Anspruch des Kollegen in voller Höhe (über 200 Mark) durchzusetzen. Anschließend glückte es noch, die Auszahlung des Gesamtbetrags am 24. Dezember an den Kollegen zu erreichen.

Der arbeitslose Kollege, der monatelang mit Frau und 5 Kindern ohne jegliche Unterstützung war, erhielt demnach noch für die Feiertage Geld, um die größte Not zu bannen.

Nach Schluß des Termins erklärte mir der Kollege voller Freude wörtlich: „Na ich hab mir die Nase ordentlich gewischt, ich werde es auch meinen bisherigen Parteigenossen mitteilen."

Tatsächlich wird mir berichtet, daß der Kollege Wort gehalten hat und zur SPD gekommen ist, gleichzeitig an Stelle der „Schlesischen Arbeiterzeitung" die „Liegnitzer Volkszeitung" bestellte.

Es wäre nur dringend zu wünschen, daß sich alle unbewußten kpdistischen Zutreiber der Nazis, ohne sich erst praktisch die Nase wischen zu müssen, erkennen würden, wo praktische gewerkschaftliche und politische Arbeit geleistet wird. Schnell wäre der Nazispuk beendet.

Die RGO ist, wie die KPD, nur auf Zersplitterung der Arbeiterschaft eingestellt und wird nie praktische Arbeit im Dienste der zielbewußten Arbeiter leisten können.

X. S.

Nationalsozialistische Betriebszellen

Nach den Beschlüssen der Sondertagung für Gewerkschaftsfragen auf dem Nürnberger Parteitag der Nationalsozialisten vom Jahre 1929 sollen die in den Betrieben beschäftigten Anhänger der Nazis Betriebszellen bilden. Diese Betriebszellen sollen die Grundlage sein für die Schaffung nationalsozialistischer Gewerkschaften. Dieser Plan könnte aus der Parteiküche des ehemaligen Reichslügenverbandes stammen, so dumm ist er. Auf der einen Seite predigen die Nazis die Zerstörung der Gewerkschaften, auf der anderen Seite wollen sie die Gründung neuer Berufsorganisationen. Das eine ist für die Unternehmer, das andere für die Arbeiter bestimmt. Zerstören müssen sie die Gewerkschaften, weil es die kapitalistischen Geldgeber so haben wollen, von Neugründungen schwätzen sie ihrem Arbeiteranhang etwas vor, damit diese die Zerschlagung betreiben. Würde dieser Plan gelingen, bekämen die Arbeiter nachher Fußtritte.

Das Wesen dieser Zellen hat der nationalsozialistische „Angriff" in zwei Artikeln geschildert. Am 1. Juni 1930 schreibt er: „Sie beruht darauf, mit Hilfe von kleinen Trupps, sogenannte Zellen, in die Betriebe einzudringen, sie allmählich mit unseren Gedankengängen zu infizieren, Betriebsgruppen zu bilden und von hier aus dem Nationalsozialismus in Fabriken und Kontoren die Bahn freizumachen." Und im „Angriff" vom 20 Juli 1930 heißt es: „Wir müssen mit aller Energie daran gehen, Betriebszellen zu gründen. Diese bilden die Vorstufe für nationalsozialistische Gewerkschaften, die auch im nationalsozialistischen Staat vorhanden sein werden."

Doch haben die Nationalsozialisten mit ihrer Betriebszellengründung bisher keinen Erfolg gehabt, sie haben mit dieser, den Kommunisten abgesehenen Zellenbildung kläglich Schiffbruch gelitten. Der „Vorwärts" stellt am 28. Oktober 1930 ein paar anschauliche Tatsachen fest. Bei der Commerz- und Privatbank, die 2600 Angestellte beschäftigt, gibt es eine nationalsozialistische Betriebszelle, die etwa 40 Mann stark ist. Bei der Berliner Verkehrsgesellschaft, wo 25 000 Arbeiter und Angestellte beschäftigt sind, ist die Nazizelle 70 Mann stark. Die Mitropa, in der nach den Behauptungen der Nazis ihre Stoßtruppe beschäftigt ist, zählt unter 4890 Angestellten nur 40 nationalsozialistische Zellengründer. Die Allianz-Versicherungs AG hat unter 1800 Angestellten eine Nazizelle mit 20 Mann. Dieses klägliche Ergebnis stellt natürlich die Geldgeber nicht zufrieden. Sie murren, und vor allem deshalb, weil in den industriellen Betrieben die Zellengründung nicht vorwärtsgeht. Wohl ist es den nationalsozialistischen Zellengründern gelungen, ein paar mißmutige Angestellte und Beamte einzufangen, aber die Arbeiterschaft steht diesen Plänen äußerst kühl gegenüber. Den Unternehmern aber kommt es hauptsächlich auf die Schwächung und Zerstörung der Arbeitergewerkschaften an. Auf der Führertagung der Nazis im November 1930 in Berlin hat diese Frage eine große Rolle gespielt.

Auch bei den Beamten haben die Nazis mit ihrer Zellengründung noch keinen welterschütternden Erfolg gehabt. Der „Angriff" berichtet zwar von Betriebszellen bei der Post, der Bahn und anderen Reichseinrichtungen und staatlichen Institutionen. Bei der Reichsbahn soll es bei 203 Dienststellen nationalsozialistische Betriebszellen geben. Doch genügt hier die Feststellung, daß bei den letzten Beamtenratswahlen für den Beamtenrat der Reichsbahn für die nationalsozialistische Liste nur 8984 Stimmen abgegeben wurden. Die Gesamtzahl der Beamten bei der Reichsbahn beziffert sich auf rund 304 000.

Der Leiter der faschistischen Betriebszellenarbeit in Berlin ist ein gewisser Muchow, dessen Büro sich in der Hedemannstraße befindet. Neben einer Sektionseinteilung hat man hier auch Straßenzellenbezirke gegründet, die genau wie die Betriebszellen eigene Straßenzellenzeitungen herausgeben. Diese Zeitungen, die von ehemaligen Offizieren und Studenten geschrieben werden, sehen ihren Verfassern ähnlich wie ein Ei dem anderen. Von der Not des Arbeiters, der Antreiberei in den Betrieben und der Schurigelei berichten diese Betriebszellenzeitungen nichts. Wo sollten ihre Verfasser auch das Leben in den Betrieben kennengelernt haben? Wer weiß von ihnen, was es bedeutet, Jahr für Jahr am Schraubstock zu stehen, in den Gruben oder Steinbrüchen täglich das Leben aufs Spiel zu setzen?

Die neueste Methode der Hitleranhänger zur Gewinnung von Mitgliedern für ihre Betriebszellen ist der Druck, wobei der „Reichsbund deutscher Arbeiter" mit einem Fürsten als ersten Vorsitzenden und die Pinkertongesellschaft das Gewicht kontrollieren. Die „Sozialistische Republik" hat berichtet, und es ist bis heute unwidersprochen geblieben, daß bei der amerikanischen „Dawes-Firma" General-Motors 144 Arbeiter gezwungen wurden, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei zu werden. Als sich die Arbeiter weigerten, die nationalsozialistische Betriebszelle zu besuchen, um dort gegen die Kollegen zu arbeiten, erhielten sie aus der Spitzelzentrale der Pinkertongesellschaft ein Schreiben, daß „für ihre Entlassung gesorgt werden würde, wenn sie nicht die von ihnen geforderten Angaben über die oppositionellen Kollegen machen würden".

Es blieb dieser sogenannten „Arbeiterpartei" vorbehalten, die berüchtigten Methoden der in der ganzen Welt als üble Spitzelkloake verschrienen Pinkertongesellschaft in den politischen und gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiter hineinzutragen. Sehr schlimm muß es mit der Zellenbildung der Nazis stehen, daß man sich solcher Methoden bedient. Die Geldgeber müssen gewaltig auf Erfolg drängen. Uns zeigt auch diese Tatsache, daß es sich bei der Nationalsozialistischen Partei um eine bezahlte Söldnertruppe der Unternehmer handelt mit einer bestochenen und korrumpierten Führerschaft an der Spitze, die das Gegenteil von dem den Arbeitern sagen, was sie in der Tat für die Erhaltung des Kapitalismus tun

E. N.

Auch der genialste Mann wurde von einer Mutter geboren, der er oft das Beste, was er besitzt, verdankt. Mit welchem Rechte will man also der Frau die Gleichberechtigung mit dem Manne versagen?

Unterhaltungsbrocken

Nichts lockert mehr der Neigung zarte Bande als Sorgen um des Lebens Unterhalt

Man sollte alle Tage wenigstens ein kleines Lied hören, ein gutes Gedicht lesen, ein treffliches Gemälde sehen und, wenn es möglich zu machen wäre, einige vernünftige Worte sprechen.

Das Lied vom Hunger

Ein Mann gar sehr am Hunger litt;
wo er auch ging, auf Schritt und Tritt,
der Hunger, der ging mit.

Er ließ ihn keinen Tag allein,
kroch selbst ins Bett zu ihm hinein
und ließ den Armen schrein.

Der Arme floh und eilte sehr,
der Hunger, der lief hinterher
und quälte ihn noch mehr.

Und was der Arme auch ersann,
er doch dem Hunger nicht entrann,
der arme Mann.

Verzweifelt drehte er sich um
und drehte ihm den Hals herum.
Da war der Hunger stumm.

Erich Grisar.

Gedanken eines Erwerbslosen

Ernst Geduldig ist Saisonarbeiter im Straßenbau und — erwerbslos. Im Winter ist er ja immer ohne Beschäftigung, doch hat er diesmal auch im Sommer, während der Hochsaison nur einige Wochen gearbeitet. Eigentlich hatte er sonst immer Glück gehabt mit der Arbeit und der Verdienst ging so einigermaßen. Er hatte, wie man so sagt, Freude an seiner Arbeit und immer, so weit es in seinen Kräften stand, seine Pflicht und Schuldigkeit getan. Er war nicht einer von jenen, die schon vom frühen Morgen an sehnsüchtig auf den Feierabend lauern. Höchstens im Hochsommer, wenn es die Sonne so recht gut meinte, kein Baum, kein Strauch, Schatten spendete, und der Schweiß in Strömen am Buckel runterlief. Oder auch im späten Herbst und im zeitigen Frühjahr, wenn der kalte Regen mit Schnee vermischt herunterrieselte, wollte die Arbeit nicht so richtig schmecken. Doch davon stirbt man nicht gleich und um so molliger fühlte man sich dann zuhause bei Muttern. Und in diesem Jahre alles auf einmal wie abgeschnitten. Arbeitslos zu einer Zeit, in der er andere Jahre am fleißigsten geschafft hatte. Ueberall, wo er hinkam auf seiner Arbeitssuche, hörte er immer wieder dasselbe: „Leider, leider, wir haben keine Arbeit für sie, augenblicklich nicht, vielleicht später." — Vielleicht —? Nun ist er ja nicht der einzige, dem es so geht. Vielen Hunderttausenden geht es nicht um ein Haar besser, ebenso vielen geht es aber noch viel schlechter. Er hat doch immer noch Glück gehabt in den letzten Jahren, während ein großer Teil seiner Arbeitsbrüder jahrelang vom Pech verfolgt, auf jener Stufe angelangt sind, wo das Verlangen nach dem Sterben mächtiger wird, als der Wille zum Leben. Für die Meisten ist diese Wirtschaftskrise nicht die erste, die einzige Episode, die den Glauben an ihr Menschentum erschütterte. Hat doch ein großer Teil von ihnen vom Beginn des Weltkrieges bis zu seinem so heiß herbeigesehnten Ende im Schützengraben ausharren und obendrein durch die Hungerjahre der Inflationszeit gehen müssen. —

Geduldig hatte sich vor einigen Jahren, als die Erwerbslosenversicherung Gesetz wurde und das Wirtschaftsleben einigermaßen florierte, eigentlich ganz mollig gefühlt. Wenn du krank bist, oder gar arbeitslos, dachte er, bekommst du einige Märker und kannst nicht so leicht untern Schlitten kommen. Er kam sich fast vor wie ein Festbesoldeter. Und da er allen Mitmenschen alles Gute gönnte, auch wenn diese viel, viel mehr besaßen als er, dachte er in seiner Einfalt, daß diese Leute ihm das Seine auch gönnen. Da hatte er sich aber gründlich getäuscht. Jenen Herrschaften fällt es nicht im Traume ein, der Arbeiterschaft auch nur irgendetwas zu gönnen. Der Arbeiter soll, wie es stets bei solchen Krisen der Fall war, den Hauptanteil der Zeche bezahlen. — Gewiß. — In solcher Zeit leidet nicht nur der Arbeiter, sondern mit wenigen Ausnahmen alle jene, die auf irgendeine Art mit dem Gedeih und Verderb der freien Wirtschaft verknüpft sind. So mancher Gewerbetreibende und mag er persönlich noch so tüchtig sein, geht dabei hops. Aber immer sind es in erster Linie die kleinen, kapitalsschwachen, die in dem unbarmherzigen Rachen der Wirtschaftskrise verschwinden und das unendliche Heer der Enterbten vergrößern helfen.

Ob da nicht Abhilfe geschaffen werden könnte.

Wenn alle Volksgenossen ohne Ausnahme den guten Willen aufbrächten, müßte doch diese, das Volk in seiner Gesamtheit schädigende Krise, wenn auch nicht ganz aus der Welt geschafft, doch aber in ihrer Auswirkung abgeschwächt werden können.

— So denkt Geduldig, so denkt die überwiegende Mehrheit seiner Klassengenossen, so denkt auch ein Teil jener, die in ihrer Gesamtheit mit der Arbeiterschaft nichts gemein haben wollen.

Aber jene, denen die ungeheure Macht des Geldes zur Verfügung steht, die das Wirtschaftsleben in ihrem Sinne beeinflussen, denken anders. An den von ihnen dirigierten, unsichtbaren Fäden lassen sie uns wie Marionettenfiguren tanzen. Ihre Absicht, den Aufstieg des vierten Standes aufzuhalten, wenn es möglich, das Proletarierheer aus seinen, in jahrzehntelangem Ringen erkämpften Positionen wieder herauszudrängen, ist klar zu erkennen. Und ihr Weizen blüht, wie lange nicht zuvor.

Werden sie es schaffen...?

Geduldig läßt seine Gedanken in die Vergangenheit schweifen ... Es ist ja nicht das erstemal, daß sie es versuchen. Versucht haben sie es eigentlich zu jeder Zeit, zu jeder Stunde. Augenblicklich ist aber die Situation doppelt günstig für sie. Sie werden uns jetzt wieder so manche Schlappe beibringen, werden versuchen, in unsere vordere Stellungen einzudringen. Aber uns auf der ganzen Linie besiegen, uns zu Paaren treiben, wird ihnen doch nicht gelingen.

Es wird zwar so mancher unserer Arbeitsbrüder, vom langen Hungern zermürbt, zu Kreuze kriechen, so mancher aus eben demselben Grunde die Reihen derjenigen unserer Klassengenossen stärken helfen, denen die soziale Entwicklung zu langsam vorwärts geht, die da glauben, mit der Waffe in der Faust die heute bestehende Ordnung zu ihren Gunsten ändern zu können. Die große Masse des Arbeiterheeres aber wird, ihrer alten Tradition getreu, nicht um Haaresbreite von ihrer vorgezeichneten Marschroute abweichen und in langjährig erprobter, zäher Ausdauer ihrem Ziele entgegenstreben.

Die ungeheure Macht des Geldes vermag Vieles aber nicht alles; sie kann wohl das Vorwärtsstreben der unteren Volksschichten vorübergehend aufhalten, vermag aber nicht die Sehnsucht Unzähliger nach Licht und Sonne aus deren Herzen reißen. Itt.

Der Papst gegen die Frauenbefreiung

In mehr als in einem Aufsatz haben wir uns mit der Gleichberechtigung der Frau befaßt. Wir haben die Gleichstellung von Frau und Mann sowohl gewünscht als auch die Veränderungen in dem gegenseitigen Verhältnis festgestellt und daraus die Entwicklung in die Zukunft abgeleitet: Gleichberechtigung in rechtlicher, politischer, sozialer, ökonomischer und sexueller Beziehung. In dem Aufsatz über die „Kameradschaftsehe" haben wir am Schluß den Beschluß der englischen Bischofskonferenz in London erwähnt und unsere Freude darüber ausgedrückt, daß die sonst immer rückschrittliche Kirche Zugeständnisse an die Zeit macht und endlich den Kampf gegen neue Formen des ehelichen Zusammenlebens einstellt.

Aber wir haben uns in der ausgedrückten Hoffnung, daß nun auch andere Kirchen, z. B. die römisch-katholische, der englischen Kirche folgen möchten, getäuscht. Zu Neujahr hat der Papst in Rom einen neuen Hirtenbrief erlassen, der sich eingehend mit der Ehe befaßt. Nach einer Darlegung der diesbezüglichen christlichen Lehre und des christlichen Eheideals nimmt der Hirtenbrief gegen die sogenannte Kameradschaftsehe und ähnliche Erscheinungen Stellung und verwirft grundsätzlich jede geschlechtliche Betätigung außerhalb der Ehe als sittlich unzulässig. Jeder Mißbrauch der Ehe (Geburtenkontrolle) und jede direkte Vernichtung des keimenden Lebens wird als dem Gesetz Gottes entgegen und naturwidrig zurückgewiesen. Dabei sagt der Papst in seinem Rundschreiben, kein Umstand, der mit der Gesundheit oder mit wirtschaftlichen Verhältnissen zusammenhängt, kann eine Entschuldigung dafür bieten. Desgleichen wird die auf der neuen Vererbungswissenschaft beruhende Unfruchtbarmachung schuldloser Personen abgelehnt. Unter Aufzählung der verschiedenen Irrungen gegen die Treue wendet sich der Hirtenbrief gegen jede Umstoßung oder Abänderung der von Gott gegebenen inneren Verfassung der Familiengemeinschaft durch Aufhebung jeder Ueber- und Unterordnung, um dann in besonders eingehenden Darlegungen der Verweltlichung der Ehe und dem unberechtigten und leichtfertigen Abschließen von Mischehen und insbesondere der heutigen Ehescheidungsreform entgegenzutreten, die eine leichtere Auflösung des Ehebandes erstrebe.

Was soll man dazu sagen? Zunächst muß man fragen, ob der Papst denn tatsächlich noch eine Macht darstellt, deren Meinungsäußerung überhaupt etwas zu sagen hat. Da der Papst das Oberhaupt der Kirche und diese Kirche im Staate eine starke Macht hat, kommt der Meinung dieses Oberhauptes natürlich große Bedeutung bei. Die evangelische Kirche wird dem römischen Papst keineswegs nachstehen wollen, so daß mit einer kirchlichen Reaktion auf der ganzen Linie zu rechnen ist. Uns könnte die ganze Angelegenheit ziemlich wenig interessieren, wären nicht noch Millionen Arbeiter Mitglieder der Kirchen. Um diese Millionen ist es nun zu tun, um ihre seelische und geistige Freiheit. Wenn die Kirche aber versuchen sollte, ihre reaktionären Ansichten im Staate zur Geltung zu bringen, wenn sie alle bisher errungenen Freiheiten (es sind sowieso so wenige) beseitigen will, dann wird sie auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterklasse stoßen.

Soweit es sich um die katholische Kirche selbst handelt, so ist der Beschluß nur folgerichtig. Die Kirche hat immer unter Außerachtlassung aller menschlich-natürlichen Erfordernisse gegen die Menschheit Entscheidungen gefällt, auch der neue Hirtenbrief leugnet die wirtschaftlichen Veränderungen der Gesellschaft, leugnet das neue Wollen der Frau, und will die Frau wieder in die alte Abhängigkeit vom Manne, von der Ehe, von der Liebe zurückführen.

Ein längerer Abschnitt ist auch den Pflichten der Ehefrau in der Ehe gewidmet, wobei drei verschiedene Arten von Emanzipation (gute Uebersetzung: Verselbständigung) bedauert und verurteilt werden, und zwar die wirtschaftliche, die soziale und die sexuelle.

Unter wirtschaftlicher Emanzipation wird der Versuch der heutigen Frau bezeichnet, sich von den wirtschaftlichen Sorgen des Gatten freizumachen zur Erwerbung einer größeren persönlichen Freiheit. Die Berufstätigkeit der Frau war zwar bedingt einmal durch den Krieg, zweiens durch die Verarmung aller Mittelschichten in der Inflation und vorher schon durch die billigere Arbeit der Frau im Fabrikbetrieb. Der Papst könnte vielleicht einmal Bebels Buch: Die Frau und der Sozialismus lesen, dort würde er finden, daß es nicht der Wille der Frau war, sich wirtschaftlich zu emanzipieren, sondern, daß es ein unabänderliches Muß war. Dieses Muß kann man nicht durch einen Hirtenbrief beseitigen.

Was nun aber die soziale Emanzipation betrifft, so versteht der Papst darunter das Bemühen der Frauen und der verheirateten Frau insbesondere um eine Anstellung und vor allem ihre Einmischung in die politischen Streitigkeiten der Männer. Auch hier wieder ein völliges Verkennen der tatsächlichen Lage. Dadurch, daß die Frau wirtschaftliche Arbeit leisten mußte, kümmerte sie sich auch um die Einrichtungen der Gesellschaft. Sie wollte besseres Arbeitsrecht, sie wollte bessere Lebensbedingungen für sich und ihr Kind, und deshalb mußte die Frau politisch werden. Die Ansicht des Papstes ist die typische Ansicht des „Mannes", der seine Vorrechte in der von Männern gebildeten Gesellschaftsordnung nicht geschmälert haben will, der auf seinen Privilegien sitzt, wie eine Henne auf ihren Eiern.

Die sexuelle Emanzipation ist gleichfalls eine Folge wirtschaftlicher Entwicklung. Der Papst will die sexuelle Befreiung des Menschen nicht. Er kennt nicht die neuen Forschungsergebnisse der Wissenschaft, nach denen unser Leben durch falsche sexuelle Erziehung verkrüppelt und vernichtet wurde, er kennt nichts, er leugnet alles, es scheint, der Papst wurde falsch unterrichtet.

Der neue Hirtenbrief hat auch eine allgemein-politische Bedeutung. Da die Reaktion in ganz Europa marschiert, treffen sich zwei Lager: das nationalistische und das kirchliche. Beide wollen in dem Punkte „Frau" dasselbe. Der Faschismus in Deutschland und allen anderen Ländern ist Gegner der Frauenemanzipation, er will die Frau zur „Hausmagd" zurückverwandeln. Die Kirche ist sein natürlicher Bundesgenosse. Der § 218, der einige Zeit stark im Wackeln war, steht fester als je. Wo findet sich die Mehrheit zu seiner Beseitigung? Die Entwicklung, die einmal begonnen hat und die wir um der Menschheit willen begrüßen, wird sich doch durchsetzen, dessen sind wir gewiß. Darum wollen wir uns vor der ägyptischen Finsternis, die hereinzubrechen droht, nicht fürchten, sondern die Gefahr erkennen und auf unserem Posten stehen. Heute mehr als je! Walter Plitt.

Irren ist menschlich

Auf das peinlichste genau arbeitet die Maschine. Wir verlassen uns auf sie als auf etwas Unfehlbares. Sie zählt ohne Irren. Sie rechnet, ohne sich je zu verrechnen. Sie ist das Muster von Exaktheit. Weil sie eben Maschine ist.

Und wir bewundern diese exakte Arbeit der Maschine. Wir staunen über die Zuverlässigkeit. Wer von uns Menschen wäre solcher peinlich gewissenhaften Dauerleistung wohl fähig? Und darum verstehen wir es aus dem Menschlichen, wenn uns ein Mensch im Telephonamt einmal falsch verbindet. Doch da, wo die automatische Selbstverbindung eingeführt ist, da erwarten wir unter allen Umständen die fehlerfreie Verbindung, und wir erhalten sie.

Und doch möchten wir nicht immer solche mechanische Exaktheit in allem und jedem des Lebens, und Mensch sein ohne Irren und ohne Fehl wäre der Tod. Wer möchte das Leben sich automatisch exakt vollzogen wissen? Wir ärgern uns oft über Irren und schelten so oft über die, die irren, und doch steht uns der Mensch mit seinem Irren im tiefsten so nah.

Das ist das Großartige in uns Menschen, daß wir den Menschen lieben, wie er ist, und daß wir ihn gerade mit seinen Mängeln lieben. „Zwiste der Liebenden" nannte Hölderlin einmal so schön die Dissonanzen der Welt, die trennen, nur um zu binden.

Irren ist menschliche Wesensnotwendigkeit. Irren ist das künstlerische Urwesen des Menschen, das da tastet und sucht, Das da versucht, um dann, durch Irren gereift, zu schaffen.

Irren ist Triebkraft des Fortschritts. Ohne ewiges Irren des Geistes könnte auch nicht die Konstruktion der Maschine sein. Und weil wir irren und immer verwerfen, darum steht uns noch viel höhere Kultur bevor.

Im Irrenden, Mensch, sieh den Bruder! Der wie du Irrender ist. Der als Mensch irrt. Und der Liebe verlangt, um verstanden zu werden in diesem Menschlichen.

„Irren ist menschlich." Das ist mehr als beruhigendes Sprichwort. Ein Wort, geworden aus der verstehenden Seele des Volks. Verzeihe und glaube! Dr. G. P.

Rechtskuriosa

Nach den Angaben des Züricher Chorherrn Felis Hämmerlein fand noch im Jahre 1648 in der Diözese Chur ein Prozeß gegen ... Maikäfer statt. Dieser Prozeß wurde nach kanonischem Recht eingeleitet, und die Priester verkündeten von den Kanzeln den Klageakt und feierlichem Geläute der Kirchenglocken. Die Maikäfer wurden vor das geistliche Gericht zitiert und ein advocatus diaboli für sie bestellt. Der Maikäferanwalt hatte die Aufgabe, eine Gegenklage zu entwerfen und im Streitverfahren „die Interessen des Ungeziefers zu vertreten". Man war sogar so rücksichtsvoll, „in Anbetracht ihrer Kleinheit und ihres jugendlichen Alters eine dreimalige Vorladung ergehen zu lassen". Das Verfahren endete mit der Ausweisung der Maikäfer aus dem Bezirk der Diözese unter Androhung des schweren Bannfluchs für den Fall der Weigerung.

Noch im Jahre 1796 anläßlich einer furchtbaren Viehseuche in Schwaben erging das Urteil, den Stier, dem man die Entstehung und Verbreitung der Seuche zuschrieb, lebendig zu begraben. Das war aber noch immer nicht der letzte derartige Prozeß. In Frankreich fand noch im Jahre 1845 ein Streitverfahren gegen Tiere vor einem weltlichen Gerichte statt.

*

Die Rechte und Pflichten des Henkers waren schon im frühesten Mittelalter genau geregelt. So durfte er ganz allgemein jeden zehnten zum Tode verurteilten Verbrecher von sich aus gegen entsprechende Bezahlung in Freiheit setzen. Unangenehmer war schon die Aufgabe, den Delinquenten vor dem Vollzug der Todesstrafe um Verzeihung zu bitten, für alles Leid, das er ihm im Namen der Gerechtigkeit antun müsse. Auch hatte er genau darauf zu achten, ob die Richter dem armen Sünder nicht etwa „mildernde Umstände" zugebilligt hatten. In diesem Falle war es ihm streng untersagt, den Körper des Delinquenten zu berühren, damit die Schande der Familie des Hingerichteten nicht noch mehr vergrößert würde. —

Die Durchführung einer Verordnung des preußischen Justizkollegiums aus dem Jahre 1709, derzufolge diejenigen in ihren Särgen gehängt werden sollten, die, ohne Arznei eingenommen zu haben, an der Pest gestorben waren, muß für die Henker wesentlich unangenehmer gewesen sein, als das Hängen und Verbrennen in effigie. Felix Platter berichtet aus dem Jahre 1555, daß es auch ein Rädern in effigie gegeben habe, eine Vollstreckung, die für den Delinquenten fraglos der in natura vorzuziehen war.

Während des ganzen Mittelalters galten als legale Strafen: Verbrennen, Ersäufen, Einmauern, Vierteilen, Rädern, Pfählen, Ausdärmen, Abschneiden der Zunge, Sieden in Wasser oder Oel, Lebendigbegraben, Abziehen der Haut usw. Aber zuweilen war man auch „human": unter gewissen Umständen wurden zum Verbrennen verurteilte Personen begnadigt, in einem Kessel mit Wein, Wasser oder Oel ... gesotten zu werden. In Frankfurt begnadigte man einen zum Vierteilen verurteilten Verbrecher in Anbetracht seiner schweren Krankheit insofern, als man die im Urteil festgesetzte Strafe in die des Ertränkens umwandelte.

*

Wer nun aber etwa glaubt, daß es in der heutigen Zeit keine „kuriosen" Prozesse mehr gibt, der dürfte durch folgendes Geschichtchen eines Besseren belehrt werden:

Ein Dieb drang nachts in ein Bauerngehöft ein und wollte, als er auf dem Hofe nichts Wertvolles vorfand, auch dem Wohnhaus seinen Besuch abstatten. Er entdeckte eine Leiter, stellte sie an ein Fenster und stieg hinauf. Plötzlich wurde er gestört und stürzte so unglücklich mit der Leiter, daß er sich einen schweren Oberschenkelbruch zuzog. An sich stand es schlimm um den Einbrecher, bis ein findiger Rechtsanwalt feststellen konnte, daß in dem fraglichen Städtchen eine Verordnung in Kraft war, derzufolge die Benutzung von Leitern ohne Spitze bei Strafe untersagt war. Er ermittelte ferner, daß der Einbrecher mit der spitzenlosen Leiter gestürzt war und wies somit nach, daß sich der Inhaber strafbar gemacht hatte. Es wurde also nicht der Einbrecher bestraft, sondern der biedere pommersche Bauer, der noch obendrein dazu verurteilt wurde, dem Herrn Einbrecher Schadenersatz in Form einer Entschädigung und Rückerstattung der aufgewendeten Kur- und Arztkosten zu leisten. So geschehen im Jahre 1909. Ein würdiges Gegenstück zu diesem amüsanten Rechtskuriosum bildet die Geschichte eines Arbeiters, der bei einem Brande unter Einsetzung des eigenen Lebens fünf Menschen vor dem Feuertode bewahrte und sich bei dieser Rettungsaktion schwere Verletzungen zuzog. Zwar erhielt er die Rettungsmedaille, aber sein Antrag um eine geringe Unterstützung während der durch die Verletzungen bedingten Arbeitslosigkeit wird in drei Instanzen mit der Begründung abgelehnt: „er habe die Rettung ohne Order vorgenommen und müsse nun auch die Folgen seiner Handlungsweise selber tragen." R. C. R.

Lied der Arbeiterkinder

Wir sind noch jung, wir sind noch klein,
uns lacht noch Lust und Leben.
Wir wachsen in die Zeit hinein,
der wir ein Antlitz geben.

Der Vater werkt, die Mutter schafft,
die Not hat sie verkümmert.
Wir wachsen in die große Kraft,
die alle Not zertrümmert.

Die Welt ist morsch, die Welt ist alt,
es gilt, sie jung zu rütteln.
Wir wachsen wie der junge Wald,
den die Gewitter schütteln.

Wenn wir so groß wie Vater sind —
hei-ho! dann weh den Schindern!
Wir wachsen wie der Wirbelwind,
wenn ihn die Berge hindern.

Uns ruft die Zeit, wir brechen vor
mit donnernden Gesängen.
Wir wachsen, bis wir einst das Tor
der alten Ordnung sprengen.

Nach dem Polnischen von Viktor Kalinowski.

Bücher und Zeitschriften

Frauen säugen Elefanten. Das Januarheft der „Urania", Kulturpolitische Monatshefte über Natur und Gesellschaft, beginnt mit einem äußerst interessanten Bild. Es zeigt, wie bei manchen Naturvölkern die Frauen nicht nur ihre eigenen Kinder, sondern auch allerhand Haustiere mit ihrer Brust ernähren. Max Winkelmann schildert die in deutschen Dörfern noch erhaltenen Reste alter Handwerkerkunst in Wort und Bild. Mit der wirtschaftlichen Grundlage der jüngeren Steinzeit, in der zum ersten Male Getreidearten angebaut wurden, beschäftigt sich Bruno Brause. H. Hoek schildert die geologische Entstehung und technische Verwertung der Kieselgur. Die Frauenarbeit in der Metallindustrie ist im großen Maßstabe erst durch den Krieg aufgekommen. Ihre gesellschaftliche und wirtschaftliche Bedeutung zeigt Karl Wiechert. Erich Weineck führt uns in einem der modernsten Gebiete der Wissenschaft vom Leben, die Mikrotechnik, ein. Notizen aus allen Wissensgebieten berichten über neue Entdeckungen und Erfindungen. Gelegentlich werden „Tanzende Bohnen" als Spielzeug angeboten; was es damit für eine biologische Bewandtnis hat, zeigt O. Michalk. Soziale Wanderungen führen uns nach Spalato an der Adria und zu den schweigenden Mönchen auf dem Kermeter. Das Beiblatt „Der Leib" bringt neue Sportbilder. Das Lied „Der junge Schmied" in neuer Vertonung beschließt das Heft. Ein Abonnement dieser vielseitigen interessanten Zeitschrift kann jedem nur warm empfohlen werden. Der „Urania"-Verlag in Jena stellt Prospekte und Probehefte gern kostenlos zur Verfügung.